

# DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

# Internationale Revue

**Herausgegeben von Professor Dr. R. Broda-Bern**

## 9. JAHR

**JULI 1916**

**Publikations-Organ des Instituts für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen und Organ des Bundes für Menschheitsinteressen und :: :: Organisation menschlichen Fortschritts :: ::**

**Akademische Buchhandlung von Max Drechsel in Bern**

Jährlich 4 Hefte für 5 Mark (6 Fr.). Einzelhefte der „Dokumente des Fortschritts“ 1 Fr. 80 Cts. (1 Mk./25 Pfg.)

# INHALT:

.....

## **POLITISCHE PROBLEME DER KRIEGSZEIT . . . . . 115**

Dr. LEO ELSNER, Senatspräsident, Wien: Ein Wort zur Klärung . . . . 115

JAKOB SCHWAD, Wien: Revision des Pazifismus? . . . . . 118

## **ETHISCHE PROBLEME DER KRIEGSZEIT . . . . . 124**

Prof. Dr. MAX SCHNEIDEWIN, Hameln: Gedanken über das Humanitäts-  
ideal“ . . . . . 124

Die Tagespresse in den verschiedenen Ländern und ihre Stellung zum Kriege 130

## **WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME DER KRIEGSZEIT . . . . . 138**

Dr. JULIAN REICHESBERG, Bern: Die wirtschaftliche Notstandsaktion des  
schweizerischen Bundesrates . . . . . 138

Professor Dr. R. BRODA, Bern: Kann die aus dem Weltkriege erwachsende  
Finanzkrise zu einem Fortschrittsfaktor werden? . . . . . 157





## POLITISCHE PROBLEME DER KRIEGSZEIT.

DR. LEO ELSNER, SENATSPRÄSIDENT, WIEN: EIN WORT ZUR KLÄRUNG.



Im Februarhefte der Internationalen Rundschau spricht Dr. Paul Natorp die Mahnung aus, es möchten die Pazifisten mit dem Friedenstiften erst einmal bei sich selbst anfangen. Diese Mahnung erscheint im Hinblick auf die nur allzu zahlreich auftauchenden pazifistischen Vorschläge sicherlich am Platze. Wenn nicht einmal die von der Berechtigung des Pazifismus überzeugten Kreise über die Mittel und Wege sich zu einigen vermögen, wie soll die öffentliche Meinung, welche den Pazifismus für eine fromme Utopie hält, von ihrem Vorurteil bekehrt werden?

Kein ernster Pazifist wird es ablehnen, dass wir seine Vorschläge auf ihre praktische Durchführbarkeit prüfen. Wir müssen uns zunächst vor Augen halten, dass die Regelung zwischenstaatlicher Beziehungen nicht durch Verordnung eines den Staaten übergeordneten Organs, sondern nur durch Vereinbarung der Staaten erfolgen kann, dass somit nur solche Vorschläge durchführbar sind, für welche das Einverständnis der überwiegenden Mehrheit aller Kulturstaaten zu erzielen sein wird.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkte die Forderungen, welche die verschiedenen Friedensgesellschaften und einzelne Friedensfreunde an die Spitze ihrer Programme stellen. Fast in allen Programmen kehrt das Verlangen nach einer allmählichen Abrüstung und nach obligatorischen Schiedsgerichten wieder.

Wir stellen also die Frage: Ist es denkbar, dass sich alle Staaten auf eine gänzliche oder auch nur teilweise Abrüstung einigen? — Rüstungen dienen nicht bloss dem Angriffe, sondern auch der Verteidigung. Der natürlichste der Triebe, die Pflicht der Selbsterhaltung verbietet es den friedliebendsten Staaten, und den demokratischsten Bevölkerungen, den dormalen einzigen Schutz ihrer Integrität aufzugeben oder auch nur zu lockern; die Klassengegensätze im Innern der Staaten sind ein weit geringeres Uebel, als die Unterjochung durch einen fremden Staat mit sich bringen könnte. Solange der Besitzstand der Staaten nicht durch eine Rechtsordnung geschützt ist, ist es den Staaten beim besten Willen nicht möglich, eine Abrüstung zu vereinbaren! Mit dem Vertrauen auf den Rechtsschutz wird die allmähliche Abrüstung von selbst kommen.

Wir fragen weiters: Ist es denkbar, dass sich alle Staaten hinsichtlich ihrer Konflikte einem allgemeinen Schiedsgerichte unterwerfen? Die Erfahrung lehrt, dass selbst die weitgehendsten Schiedskompromisse des Vorbehalts nicht entraten konnten, dass Fragen von vitalem Interesse vom Schiedsvertrage ausgenommen sein sollen und dass dem einzelnen Staate freistehe, zu erklären, welche Fragen sein Lebensinteresse berühren. Dieser Widerstand gegen den allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrag ist in der Natur der Sache begründet. Schieds-

richter entscheiden nach ihrem Ermessen Konflikte minder wichtiger Art; besonders rein vermögensrechtliche Streitfälle werden die Staaten ruhig der Entscheidung der Schiedsrichter überlassen können, vermeiden sie dadurch doch ein weit grösseres Uebel, den Krieg. Kein Staat aber, der sich nicht selbst aufgibt, wird Fragen, die seinen Bestand berühren, der Entscheidung einer Zufallsmajorität unterstellen, um so weniger dann, wenn im vorhinein feststeht, dass in der zu entscheidenden Frage die Anschauungen der Staaten und daher auch der Schiedsrichter diametral auseinandergehen. Oder hält es z. B. irgendwer für möglich, dass sich Frankreich und Deutschland über die Zugehörigkeit von Elsass-Lothringen auf ein Schiedsgericht einigen könnten?

Es liegt mir ferne, alle mit grosser Selbstherrlichkeit aufgestellten Forderungen, als Verbot von Bündnissen usw. usw., aufzuzählen; an unserm Masstab gemessen, werden sie leicht als undurchführbar erkannt werden. Ausdrücklich hervorheben möchte ich nur, dass auch der Vorschlag, eine obligatorische Frist zwischen Streitfall und Kriegserklärung zu legen, auf die Zustimmung aller Staaten nicht wird rechnen können, solange jede Gewähr fehlt, dass es mit Ablauf der Frist nicht doch — und vielleicht unter ungünstigeren Verhältnissen — zum Kriege kommt.

Eine grosse Zahl von Pazifisten will die zwischenstaatliche Ordnung durch Vereinbarungen der Staaten, durch einen Ausbau der Haager Konferenzen, durch freiwilliges Zusammenwirken selbständiger Staaten zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen herbeiführen. Es werden förmliche Verfassungsprogramme ausgearbeitet, welche jedem Staate eine seiner Bedeutung entsprechende Stimmenzahl zuerkennen; es wird dabei übersehen, dass sich kein Staat in die Möglichkeit begeben darf, majorisiert zu werden, so lange nicht sein Bestand, die Integrität seines Besitzstandes durch die Rechtsordnung geschützt ist. Andere erwarten die zwischenstaatliche Ordnung aus der Erkenntnis der allgemeinen Interessensolidarität, welche durch Aufklärung der Völker, vor allem der Jugend gefördert werden müsse. Dabei taucht in den verschiedensten Variationen der Gedanke auf, es müsse die künftige Staatenordnung auf eine neue Grundlage, auf das Prinzip der Gerechtigkeit gestellt werden.

Der Sprachgebrauch verwechselt nicht selten die Begriffe „recht“ und „Recht“ und so nennen wir gerecht nicht bloss dasjenige, was dem Rechte entspricht, sondern auch dasjenige, was wir für recht, für angemessen halten. Die Gerechtigkeit im subjektiven Sinne, d. i. das, was der Einzelne oder der einzelne Staat für gerecht erkennt, kann die Ordnung zwischen den Staaten nicht herstellen — das kann nur die Gerechtigkeit im objektiven Sinne, d. i. die Ordnung des Rechtes. Das Recht ist aber eine positive Satzung, welche im Verhältnisse der Staaten zueinander — bei dem Abgang eines denselben übergeordneten Organs — nur durch Vereinbarung aller oder doch annähernd aller Kulturstaaten geschaffen werden könnte.

Wir stellen auch hier die Frage: Ist es denkbar, dass sich die Staaten über ein ihre Beziehungen regelndes Recht einigen? Nach jedem Kriege kommt zwischen den beteiligten Staaten — soweit sie nicht zu bestehen aufhören — eine Einigung über die Gebietsgrenzen zustande: diese Festsetzung der Gebietsgrenzen, wenn sie auch „auf



ewige Zeiten“ erfolgt, schafft ebenso wenig einen Rechtsbesitz, als wenn auf einer, keiner Staatshoheit unterworfenen Insel heute A und morgen B einen Landstreifen in Besitz nimmt: sie hindert weder die Vertrags- teile, noch dritte Staaten, neue Kriege zu führen und in neuen Frie- densverträgen andere Grenzen des Machtbesitzes zu bestimmen und anerkennen zu lassen. Nur eine ausdrückliche Abmachung der gesamten Staaten kann den Machtbesitz der Staaten zu einem Rechtsbesitz um- wandeln und den Besitzstand jedes Staates unter den Schutz des Rechtes stellen. Es ist klar, dass eine Einigung der Staaten nur dann möglich ist, wenn sie ihren Besitzstand im Zeitpunkte der Abmachung als Recht setzen; eine Ordnung, welche einzelnen Staaten, sei es aus Rück- sichten der Nationalität, oder der Religion, sei es aus Rücksicht der Selbst- bestimmung eines Bevölkerungskreises auferlegt, Teile ihres Gebietes aufzugeben, würde nie die einhellige Zustimmung aller Staaten finden. Unsere Frage lässt sich demnach auch so stellen: Ist es ausgeschlossen, dass die Staaten die im kommenden Friedensvertrage festgesetzten Grenzen für die Zukunft als die rechtliche Basis ihres Besitzes aner- kennen und dass sie in ihrer Gesamtheit für den Schutz dieses Besitzes einzutreten sich verpflichten? Ist die Sicherung des Besitzstandes durch friedliche Mittel nicht den Verzicht auf eine Expansionspolitik wert, welche nach den jüngsten Erfahrungen — im Zeitalter der Zeppeline und Unterseeboote — doch nicht mehr realisierbar erscheint! Solange die territoriale Ausdehnung der Staaten zur Sicherung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht nicht entbehrlich ist, wird die Politik des Machtgleichgewichts nicht aufhören; in dem Zeitpunkte, in welchem der Besitzstand der Staaten von ihrer Gesamtheit als Rechtsbesitz fest- gestellt sein wird, wird die Erkenntnis allgemein werden, dass die Wohlfahrt und kulturelle Entwicklung der Bevölkerung nicht immer im geraden Verhältnisse zum Gebietsumfange des Staates steht, und dass das Bekenntnis zum Staatsgedanken die Grundlage der Staaten bildet. Weder die Sicherheit, noch das Wohl der Staaten wird gefährdet, wenn sie ihren im künftigen Friedensvertrag festgesetzten Besitzstand als einen Rechtsbesitz anerkennen, sind sie ja durch eine solche Verein- barung nicht einmal gehindert, sich durch Rüstungen gegen den Bruch der Vereinbarung zu schützen. Der Unterschied gegenüber dem der- maligen Stande wird nur sein, dass in zweifelloser Weise festgestellt sein wird, welches Territorium jedem Staat rechtlich gehört, also nicht aus dem Titel der Nationalität oder aus dem Titel eines vor- maligen Machtbesitzes Ansprüche erhoben und als „Recht“ geltend gemacht werden können und dass in Hinkunft die Gesamtheit der vertragstreuen Staaten für die Aufrechthaltung des rechtlich festgestell- ten Besitzstandes eintreten wird. Sind auch Staatenverträge nur der Aenderung unterliegende Menschenwerke, so werden doch Störungen der Staatenbeziehungen ungleich leichter auf dem Boden einer Rechts- ordnung, als ohne eine solche hintangehalten und unter der Geltung des Rechtsprinzips wird die Erkenntnis der Interessensolidarität der Staaten sich stark genug erweisen, Rückfälle in den rechtlosen Zustand zu verhüten.

Seit fast anderthalb Jahren habe ich in Artikeln und Flugschriften konkrete Anregungen in dieser Richtung verlautbart, zuletzt in der

Ende 1915 im Verlage der Brüder Suschitzky (Anzengruberverlag, Wien und Leipzig) erschienenen Broschüre „Jedem das Seine“ (Preis 25 Pf.). Ist es zu unbescheiden, wenn ich die Pazifisten aller Schattierungen, welche mit dermalen unausführbaren Programmen oder mit Vorschlägen hervortreten, welche erst in der Zukunft fassbare Gestalt gewinnen sollen, einlade, zur Ordnung auf dem Prinzipie des Rechts Stellung zu nehmen und ihre Bestrebungen auf das erreichbare zu konzentrieren, auf die Gewinnung der öffentlichen Meinung für den Ausgangspunkt einer Staatenordnung?



### JAKOB SCHWAD, WIEN: REVISION DES PAZIFISMUS?<sup>1)</sup>

**D**ASS Bestrebungen zur Verhütung einer Katastrophe durch den Eintritt der letzteren weder hinsichtlich der Notwendigkeit noch der Realisierbarkeit illusorisch werden, ist klar. In dieser Beziehung ist es also ungerechtfertigt, mit Hinweis auf den jetzigen Weltkrieg von einem „Schiffbruch“ des Pazifismus zu sprechen. Denn die Möglichkeit liegt nahe, dass letzterer noch nicht Zeit genug gefunden hat, an den entscheidenden Stellen die Einsicht von seiner Notwendigkeit sesshaft zu machen, und, wo dies geschehen, den Schritt von der Einsicht bis zur pazifistischen Tat machen zu lassen.

Anders aber, wenn dieser Krieg, seine Voraussetzungen, Ursachen, Anlässe, sein Verlauf und seine allfälligen Wirkungen die Evidenz gebracht haben sollten, dass die prinzipiellen Grundlagen des Pazifismus revisionsbedürftig seien. Das wäre seine Krisis. Sein Schiffbruch aber wäre es gewesen, hätte es sich erwiesen, dass die Katastrophe, die er verhüten soll, in Wirklichkeit keine ist.

Richten wir unser Augenmerk zuvörderst auf die erstere Erwägung, so soll vor allem darauf hingewiesen werden, dass der Pazifismus vor dem Kriege als ein bereits gewissermassen revidierter angesehen werden wollte. Von Alfred H. Fried, dem Träger des Nobel-Friedenspreises, stammt die Bezeichnung „revolutionärer Pazifismus“, die die moderne, organisierte Friedensbewegung umgrenzt, im Gegensatze zum „Reformpazifismus“, dem verbreiteten, losen Friedensstreben schlechthin. Dabei werden die Termini „Revolution“ und „Reform“ hier in einem besondern Sinn angewendet: sie beziehen sich nicht, wie gebräuchlich, auf die Mittel, auf die gewaltsame oder gemächliche Aenderung, sondern auf den Ausgangspunkt. Revolution bezeichnet hiebei die Umwandlung des Wesens, Reform nur die der äussern Form einer Einrichtung. Die Reformpazifisten, zu denen die Abrüstler und die Antimilitaristen gewöhnlichen Schlages zu zählen sind, wenden sich „lediglich gegen die Symptome des heutigen internationalen Zusam-

<sup>1)</sup> Wir geben gerne unsern Lesern Gelegenheit, auch diese von der des vorhergehenden Artikels so sehr abweichende These zu prüfen und zu erkennen, wie der pazifistischen Bewegung von rechts und links kontradiktorisch einander ausschliessende Einwände entgegengehalten werden. Wir verweisen anderseits auf die vermittelnde Lösung, die wir in der Oktobernummer 1915 der Dokumente des Fortschritts entwickelten.

Anm. der Schriftl.



menlebens“: sie bekämpfen den Krieg als solchen, die Mittel zum Kriege, die Heere und die Rüstungen. Oder sie suchen den Krieg hinauszuschieben, ihm auszuweichen, oder gerade durch Rüstungen den Frieden zu erhalten. Was letzten Grundes nichts anderes ist, als einen Waffenstillstand verlängern. Der eigentliche Pazifismus aber, der „revolutionäre“, wendet sich gegen die Ursachen der Kriege. Er sucht durch eine grundsätzliche Aenderung des ganzen Systems unseres internationalen Zusammenlebens dessen schädliche Folgeerscheinungen vermeidbar zu machen. Er will an die Stelle der jetzigen internationalen Anarchie, die mit Notwendigkeit die Kriege zeugen muss, die internationale Ordnung durch Verständigung stellen.

Aber, das vorausgesetzt, ergibt sich bei näherer Betrachtung, dass der revolutionäre Pazifismus seinen Ideenansatz nicht bis ans Ende weiterentwickelt hat. Denn er hat mit Recht der heutigen Diplomatie, sowie dem oben gekennzeichneten mechanisch-oberflächlichen Antimilitarismus zum Vorwurf gemacht, dass sie immer nur kurzfristig lavierten und dass sie Krankheitssymptome statt Ursachen behandelten; selbst aber ist er, zumindest in der Propaganda, mehr diplomatisch als volkspolitisch, zu sehr doktrinär und zu wenig prinzipiell-real orientiert geblieben. Das heisst: er suchte mehr zu beruhigen als zu befriedigen, mehr zu vermitteln als auszugleichen. Daher hat sich seine Aufklärungsarbeit vornehmlich auf die Notwendigkeit der Vermehrung der internationalen Interessenverbände bezogen, auf die Vereinheitlichung der Masse, Gewichte und Tarife, auf die Notwendigkeit der internationalen Sprache, sowie des gegenseitigen Verstehens und der gegenseitigen Wertschätzung der Nationen; sie vernachlässigte aber im unmittelbaren Sinne die Propaganda zur Vorbereitung und Verbreitung der Einsicht in die reale Möglichkeit der friedlichen Lösung der verschiedenen Knotenfragen. Die internationale Anarchie ist für den Pazifisten etwas primär Gegebenes; dagegen erscheint sie anderen als eine Folge des Gegeneinanderwirkens primärer, verschiedenartiger Kräfte, welche letztere erst die eigentlich krieggebärenden Ursachen sind. Diese primären Knoten gilt es also vorerst irgendwie zu lösen zu versuchen. In der Perspektive des Pazifismus (darunter soll fortan der modern organisierte, der „revolutionäre“, verstanden werden) erscheint das ganze zwischenstaatliche Problem zu sehr als ein bloss organisatorisch-administratives. Dieses wäre durch eine Verständigung über die Form der Zusammenarbeit, über eine Art von Grossbetrieb der Staatengemeinschaft zu lösen und dessen Schwierigkeit wurzelte letzten Grundes in der Trägheit des menschlichen Geistes: wie brächte man die Menschen zum Tatgebot des Neuen? Eine Propaganda- und Aufklärungsaufgabe hätten wir also vor uns und nicht in den zu schaffenden Bedingungen für die Möglichkeit eines Dauerfriedens läge das Schwergewicht. Indem aber in Wirklichkeit der Krieg — ebenso jede echte innere Revolution — nur nationale, wirtschaftliche, ständische und zivilisatorische Kraftladungen zur Explosion bringt, die schon während der Friedenszeit in Form von mehr oder weniger latenten Gegensätzen wirkten, brodelten und reiften, so muss doch vor allem auf diese Grundgegensätze eingegangen werden. Muss versucht werden, diese Kräfte irgendwie zu regulieren: vielleicht gelingt es durch lang-

samen Ausgleich der Spannungsdifferenzen, gewaltsame Entladungen zu verhüten. Wer heute an basislose „Kriegsmacherei“ einzelner in zivilisierten Ländern glaubt oder an Diplomatenkriege, ist wahrlich naiv. Dass die immanenten, tiefliegenden Gegensätze und die teils wahren, teils daneben eingebildeten Lebensnotwendigkeiten der Nationen es sind, die sich in momentanen, scheinbar kleinlichen Konflikten kundtun, wird doch heute immer klarer. So z. B. in den Konfliktmotiven aus dem Bereiche der „nationalen Ehre“ oder des Prestiges. Das Ehrgefühl, sowohl in seiner individual- als auch gemeinschaftspsychischen Erscheinung, ist doch vorwiegend eine sublimierte Uebertragung des Bedenkens: dadurch, dass ich beleidigt und herabgesetzt werde, wird mein Interesse geschädigt. Ist also ein Ausfluss des Willens zum Glück oder Willens zur Macht.

Durch jene lediglich organisatorisch-technische Perspektive nun des bisherigen Pazifismus wird seine hauptsächliche Unzulänglichkeit bedingt, die darin besteht, dass er den jeweiligen Statusquo zwischen zwei Kriegen als die stabil zu bleibende Grundlage seiner internationalen Verständigungsbestrebungen ansieht. Will man, so kann formell zugegeben werden, dass er im Bestreben, Frieden und Ruhe zu erhalten, keine Streitfragen aufrühren durfte und dass es wohl ein Erfordernis der äusseren Propaganda-Möglichkeit war, Opposition nicht zu entfesseln. Auch bei anderen Bewegungen beeinträchtigt oft der Widerstreit zwischen Ziel und Weg die Richtungskraft der leitenden Idee. Aber gerade der Pazifist, der doch gegen Gewalt und Zufall einzig Recht und Vernunft zum Regulator der Verhältnisse in der Völkergesellschaft eingesetzt wissen will, müsste einsehen, dass keine Ueberlegung der Vernunft es empfehlen könnte, den jeweilig vorgefundenen Status als den zu stabilisierenden anzusehen — den Status, der durch die Macht geschaffen ist. Die Macht ist ja aber dem Pazifisten nicht gleichbedeutend mit Recht und nicht alles, was ist, ist für ihn vernünftig. Und doch hätte er z. B. vor 1870, wo Elsass-Lothringen bei Frankreich war, den Besitzstand ebenso als stabil ansehen müssen, wie den nach 1870, wo es jenem Lande verloren war. Auch das: Ohne dass hier die Frage nach der Nützlichkeit oder Schädlichkeit irgend einer Annexion seitens der Zentralmächte berührt werde, möge doch auf die weiten, tiefeinschneidenden Annexionsbegehrlichkeiten hingewiesen sein, die am Anfang des Krieges seitens der Entente unumwunden kundgegeben worden sind. Zu einer Zeit natürlich, als ihr der Sieg ihrer Waffen, kraft der zahlenmässigen Ueberlegenheit eine durch nichts beschattete Gewissheit war. Die Pazifisten registrieren nun mit der Freude des zweifelfreien Rechtssinnes jedes etwaige auftauchende Anzeichen einer Beendigung dieses Krieges ohne Annexionen, d. i. auf der Grundlage des Status quo ante; warum aber wäre der Status, der sich nach den bisherigen Siegen der Zentralmächte als Resultat der Machtverhältnisse ergäbe, weniger vernunftgemäss als der vor dem Kriege, der sich ja auch aus früheren, im pazifistischen Sinne unvernunftmässigen Gewaltzufällen ergab? Der Pazifist sieht ein, dass die bisherigen internationalen Verhältnisse, auf Macht und Zufall beruhend, unzulänglich waren — glaubt er, die einzelnen Komponenten, die Einzelstaat-Struktur, war eine vollkommene? Der Pazifismus wird mit Recht der „zwischenstaatliche



Sozialismus“ genannt. Letzterer tritt aber doch nie als eine Abart begütigend süsslicher Ethik auf, die beschwichtigt: „es bleibe alles beim Alten!“ Denn das Minimum eines sozialen Denkens, in welcher Form und in welchem Ideenkreise immer, ist: erstens, nicht was ist, ist Mass, sondern was sein soll, und zweitens, jede Art von Manchestertum ist unannehmbar. D. h., vor Beginn des Starts müssen die Rückwärtsstehenden auf gleiche Ausgangsbedingungen mit den Vorderen gebracht werden und diese regulierenden Bedingungen müssen in entsprechender Formung auch weiter wirksam bleiben. Also müsste man sich hier bemühen, für die Konkurrenten, die Staaten, zuerst einen Stand zu finden, wie er zumindest annähernd recht- und vernunftgemäss sein soll, bevor man an seine organisatorische Stabilisierung herantritt, und man müsste für dieses „Soll“ in seiner nationalen, geographischen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen u. s. w. Verknotung einen Masstab finden: was einem Volke gehört und wie es ihm gehört.

Und begreiflich zu machen, dass hier ein Masstab gefunden werden kann, das wäre die erste Aufgabe der pazifistischen Propaganda; könnte sie es nicht — dann ist alle ihre Propaganda eben fruchtlos. Auf eine Frage: „Nun, wie?“ wäre zu antworten, dass ein System von Prinzipien und Masstäben auszuklügeln, ebenso leicht wie müssig wäre. Vielmehr dürfte zumindest vorläufig an eine rein luftig-konstruktive, architektenmässige Staatenzusammensetzung nicht zu denken sein. Es könnte in absehbaren Zeiten nur darum gehen, irgendwie Korrekturen vorzunehmen, bei welchen „die realpolitischen Tatsachen der vorhandenen grossen und unüberwindlichen Machtzentren gleichzeitig mit den Forderungen einer idealistischen Ethik die nötige Rücksicht fänden“. In diesem natürlich vagen Sinne möge hier versucht sein, systemlos, akademisch-schematisch als formelle Lehrbeispiele und ohne jede Akribie einige Möglichkeiten für jene Masstäbe zu streifen.

Man müsste also vielleicht das Raumbedürfnis zuerst berücksichtigen, den Erdraum für jeden Menschen, die Quadratmeter Erde, die auf einen Menschen entfallen und in Summe auf das ganze Volk. In Frankreich z. B. kommen auf einen Menschen etwa 13,000 m<sup>2</sup>, in Deutschland 8,000. Natürlich wäre eine rein quantitative Zumessung unzulässig; in Frankreich — Deutschland wäre wohl die Raum-Qualität als gleich, in Russland aber z. B. als niedriger anzusetzen. (Hier kommt im europäischen Teil auf einen Menschen 40,000 m<sup>2</sup>!) Auch die Zuteilung von Häfen, Kolonialbesitz u. dgl. bei allgemeinsten Meerfreiheit müsste einen gerecht-rationellen Gesichtspunkt erhalten. Das ist mit allem, dem äusserst Verwickelten, das daran hängt, das Problem der nationalen Wirtschaft. Als von ebenso grosser, zentraler Wichtigkeit hat sich gerade jetzt die Perspektive des Nationalen erwiesen. Der Krieg wird uns hoffentlich die Zurückdrängung jener gewissen groben Täuschung bringen, die viele eine hoch aufsteigende Entwicklung der Menschheit von der möglichst raschen und klüglichen Verwischung aller individuell-nationalen Eigenheit erhoffen liess. Einer Richtung, deren rationalistisch-nivellierende Anschauung sich durch den zarten Ausspruch charakterisiert: „Nationalität ist Schwindel“. Eine positive Wertung des Nationalen, also vorausgesetzt, möge — selbstredend wieder nur vage schematisch — entweder das weitestgehende Prinzip in Betracht kommen,

wie es Ramsay Macdonald forderte: „Für jede Nation staatliche Existenz, für jeden Staat nationale Grundlage“; oder das Extrem wird durch die Festsetzung gemildert: wo eine selbständige mononationale Staatsexistenz irgendwie nicht empfehlenswert wäre, da träte die Zusammenfassung von einigen Nationen zu einem Staatsgefüge ein. Etwa in der Art Oesterreichs, mit Sicherung der nationalen Autonomie, wie es Hermann Bahr neulich als „Staatenstaat“ gefordert hat. Wo die Nationalitäten in einander sozusagen unvernünftig-unlösbar versprengt sind, würde sich vielleicht in den unumgänglichsten Fällen an einen vernunft- und vereinbarungsmässigen Ortsaustausch oder eine Umsiedlung der Splitter denken lassen. Dementsprechend würde auch die gegenseitige Einwanderung nach Grundsätzen geregelt werden müssen, die einen Konfliktsanlass nicht aufkommen lassen. Was nichts beunruhigend Neues wäre. Denn man denke an die verschiedenen Alien-Bills in Amerika und England, an die bekannte Beschränkung der Einwanderung von Japanern und gewissen Europäern nach den Vereinigten Staaten, den Ausschluss der Gelben und Schwarzen von der Einwanderung nach Australien, dann an die Bestrebungen zum Schutze gegen die Slavisierung von Ostdeutschland und mancher westdeutschen Industriezentren und noch vieles dergleichen.

So wird allenfalls die Lebensmöglichkeit auch der kleinen Nationen gewahrt werden müssen. Nicht nur wegen der sonstigen Unmöglichkeit einer friedlichen Ruhe auf der Welt, also vom pazifistischen Standpunkt. Betrachten ja jetzt vielmehr auch alle „pazifismusfreien“ Diplomaten das „Recht der kleinen Nationen zu wahren“ als eine ihrer ersten Aufgaben — oder geben zumindest vor, es so zu betrachten. Eines aber möge dabei hervorgehoben werden: wenn von Seiten der Entente immer wieder als Friedensbedingung die Anerkennung des Nationalitätenprinzips seitens Deutschland-Oesterreichs genannt wird, so ist das immer nur eine Umschreibung der hier schon gestreiften Annexionsfrage. Das heisst: was Deutschland oder Oesterreich jetzt etwa annektieren würde, wäre eine Verletzung jenes Prinzips. Das ist bei Balfour und seinen Kollegen begreiflich. Wenn aber ein Pazifist zu dieser Ansicht gelangt, so muss er zugleich einsehen, dass es keinen ethisch-vernünftigen Grundsatz gibt, der es rechtfertigte, eine willkürliche Einschränkung des Nationalitätenprinzips auf jene Gebiete vorzunehmen, die jetzt gerade Kriegsgebiete sind und darum ein Substrat der nächsten Friedensverhandlungen bilden sollen, — wo zufällig jetzt die Zentralmächte die okkupierenden sind! Auch derjenige Deutsche oder Oesterreicher, der jetzt jede Annexion aus irgend einem Grunde ablehnt, wird es unverständlich finden, dass der niederländische Antiorloog-raad in seinem Programm zur Sicherung des dauernden Friedens wohl die Forderung aufgestellt hat: „Es soll weder eine Annexion noch eine Gebietsübertragung stattfinden gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung“; diese Forderung aber „nach Wortlaut, Anlass und Zusammenhang nur auf neu zu erwerbende Gebiete“ beschränkte. Das Prinzip der Befragung der Bevölkerung, zu welchem Staatsverbände sie gehören will, — was seinerzeit Eduard Bernstein auch für die Lösung der Balkanprobleme vorgeschlagen hat — birgt ja eine grosse Kompliziertheit in sich, weil — abgesehen von Missbräuchen durch die



herrschende Macht — gerade die Grenzgebiete natürlich oft von einer national gemischten Bevölkerung bewohnt werden. Die Anwendung des Majoritätsprinzips brächte da keine glatte Lösung, weil dasselbe in diesem Belang auch ein Prinzip der Macht darstellt und nicht der Vernunft im pazifistischen Sinne. Da würden also die Flämen wohl anders stimmen als die Wallonen, die Juden und Deutschen in Russisch-Polen anders als die Polen u. dgl. Es wird auch sicherlich hier, wie bei allen Problemen von dieser Art, subtile Randfragen geben, wo eine Entscheidung nach jenem Prinzip schwerfallen müsste. Aber es gibt ebenso sicher eine Reihe von „Mittefragen“, wo die Antwort bei einem Plebiszit klar und eindeutig wäre. Die Antworten Finnlands beispielsweise, Irlands (ohne Ulster) und der Ukraina würden sicherlich nicht zu den zweifelhaften Randfragen gehören. Eine Lösung der Zugehörigkeitsfragen durch ein Plebiszit müsste also nach den eigensten pazifistischen Grundsätzen auch oder erst recht im Frieden vorgenommen werden, wenn anders das so gedeutete Nationalitätenprinzip überhaupt einen Sinn habe.

All das hier Vorgebrachte hat aber entschieden nicht den Zweck, die Schwierigkeit und die Kompliziertheit der Lösung hervorzuheben; nicht den Eindruck des Utopischen hervorzurufen, auf dass der Gegner zum Kassandrarufer ermuntert werde: Sehet doch, schon die Diskussion erweist die Unausführbarkeit! Im Gegenteil. Der Vorwurf der Utopie ist leicht gemacht und ist vormals und oftmals gegen so manches Grosse erhoben worden, das jetzt mächtig dasteht, und es wird noch vieles mächtig erstehen, das jetzt im lächerlichen Rufe der Utopie steht. Vielmehr soll angenommen und erhofft werden, dass irgend eine Lösung dieses Problems möglich ist. Wenn vielleicht in absehbaren Zeiträumen keine ideale, so doch eine leidliche. Demgemäss soll durch all das Gesagte nur erhärtet werden, was hier einleitend als These aufgestellt worden ist: dass es nämlich dem innersten Geiste des Pazifismus widerstreben würde, das ganz Ungelöst-Chaotische, das Zufalls- und Gewaltgeborene zur Grundlage dessen zu nehmen, das durch die internationale Organisation stabilisiert werden soll. Sondern irgend ein vernunftmässig-ethisch Korrigiertes — meinetwegen auf Grund ganz anderer, neuer, besserer und einfacherer Prinzipien, als der von mir bisher berührten. Und nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit ist dies, sondern auch der Taktik. Weil sonst der Erfolg der pazifistischen Propaganda ausbleiben muss. Die Prinzipien der nationalen Autonomie sind übrigens wiederholt auf den Welt-Friedenskongressen in entsprechenden Resolutionen bezüglich Aegyptens, des Balkans u. dgl. vom Pazifismus anerkannt worden.

(Fortsetzung folgt.)

## ETHISCHE PROBLEME DER KRIEGSZEIT.

PROF. DR. MAX SCHNEIDEWIN, HAMELN: GEDANKEN  
ÜBER DAS „HUMANITÄTS“IDEAL.



ÜBER das Thema „Deutsche Führer zur Humanität“ hat der Privatdozent (jetzt ord. Professor) der Philosophie an der Leipziger Universität, Ernst Bergmann, drei Vorlesungen gehalten, in denen jede Beziehung auf den Krieg offenbar geflissentlich vermieden wird. Oder sollten sie noch vor dem Kriege gehalten sein? Die Druckausgabe dieser Vorlesungen ist im Verlage von Felix Meiner 1915 erschienen; wären die Vorlesungen schon mindestens fünf Monate früher gehalten, so hätte Herr Bergmann sicherlich dies in einer Vorbemerkung bekanntgegeben, er musste ja sonst mit einer Enttäuschung des Leserkreises rechnen, der doch auch eine Aussprache darüber erwartete, welches Urteil über die einstweilige scharfe Zurückdrängung des „Humanitätsgedankens“ gegen den des Siegeswillens in der Konsequenz der Feindseligkeiten des grossen Völkerkrieges zu fällen sei. Herrn Bergmanns Voraussetzung wird also gewesen sein, dass das deutsche Volk, das jetzt als das Volk nie dagewesener, sittlicher, technischer und organisatorischer Meisterschaft im Kriege vor der bewundernden Welt steht — auch wo sie die Bewunderung aus egoistischen Gründen äusserlich zu verheimlichen trachtet — doch dabei selbst in solcher Zeit von keinem Interregnum des Verzichtes auf das Interesse an den höchsten und ewigen idealen Angelegenheiten der Menschheit wissen wolle. Und diese Haltung wird man für einen erfreuenden Ehrentitel des deutschen Geistes erachten dürfen.

Herr Bergmann führt eine Charakteristik der innerhalb einer grossen Einheitlichkeit doch auch mannigfach sich abhebenden und abstufigen Eigenart der Auffassung des „Humanitätsideals“ bei grossen und den grössten Vertretern unserer klassischen Literaturperiode: Lessing, Herder; Kant, Fichte; Goethe, Schiller, Wilhelm von Humboldt; Hölderlin, Jean Paul in genau unterrichteter und ebenso begeisterungsvoll in sich aufgenommener, wie kritisch durchdachter Sachbeherrschung vor. Die Schrift ist in höchstem Grade lesenswert und wird dem Leser in gleichem Masse Freude wie Belehrung gewähren, da sie, was man an gefühlsmässigen Eindrücken hinsichtlich dieses erhabenen Stoffes wohl in sich trug, in der vollen Klarheit, welche dem Autor dessen ausdrücklich unter dem Gesichtspunkte des Humanitätsgedankens ausgeführte Durcharbeitung eines so umfangreichen Schrifttums eintrug, entfaltet und den Leser gleichsam mit dem edlen Anhauch dieser Klarheit ansteckt.

Herrn Bergmanns Schrift hat auch mich wieder zu Gedanken über Humanität angeregt, mit der ich mich in meinem Buche „die antike Humanität“ (Berlin, Weidmann 1897) ausführlich beschäftigt und in dessen Anhang<sup>1)</sup> besprochen hatte. Es ist vielleicht für die letzten andert-

<sup>1)</sup> S. 538—558 zehn Nummern, darnach in der Zeitschrift für das Gymnasialwesen, August- und Septemberheft 1897 weitere 57 Nummern zur Literatur über die Idee und die Gestaltung der Humanität.



halb Jahrzehnte bezeichnend, dass ich vor Bergmanns Schrift kaum wieder, ausser durch einige Arbeiten über Herder, in den Neuveröffentlichungen dieser Jahre auf dieses mir immer am Herzen liegende Thema geführt war. Jetzt möchte ich hier noch durch weitere Ausführungen meine Gedanken über das Humanitätsideal, nur zum Teil in Anknüpfung und Kritik der drei Bergmannschen Vorlesungen, zu ergänzen suchen, aber gleich ihm die Beziehung auf den Krieg beiseite lassen, weil dessen Verhältnis zum Humanitätsideal während seines Verlaufes gegen einstweilen überwiegende andere Rücksichten zurückgestellt werden muss, um in den Zeiten zurückgekehrter kontemplativer Besonnenheit recht ausdrücklich mit der zwischenvölkischen Institution des Krieges und den Erfahrungen des grossen Weltkrieges zum Heil der Zukunft konfrontiert zu werden.

Es fragt sich nun, ob man etwa einer dieser Sonderfärbungen in der Auffassung der Humanität und der Wege zu ihr als der richtigsten den Vorzug geben und überhaupt, wie man sich zu ihrer Verschiedenheit stellen soll.

Ein gewisser Fortschritt ist ja bei den Gliedern der langen Reihe zu bemerken. Erstens sofern nach Lessings „Erziehung des Menschengeschlechts“ die Menschheit nicht mehr, wie von diesem, als Zögling in der Hand der geheimnisvoll führenden Gottheit, sondern als mündig und „frei durch Vernunft“, ferner auch die Humanität als eben ein diesseitig Höchstes und Letztes gedacht wird, ohne dass weitere jenseitige Vervollkommnungen ausdrücklich in Betracht gezogen werden. Nur Herder hält in seinen „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ sehr an Hoffnungen auf jenseitige Aufstiege zur Vollendung fest, während bei Kant das Fortschreiten der Seelen in der Asymptote, d. h. unendlichen Annäherung an die Vollkommenheit, eigentlich ein aus der Konsequenz des kategorischen Imperativs herausfallendes Zugeständnis an die religiöse Tradition von Jenseitigkeit ist und daher im System, das ja auch in der Kritik der rationalen Psychologie mit der Apodiktizität der Erkenntnis eines körperfreien Seelenwesens aufgeräumt hatte, ziemlich nebenherschleift. Ernst Bergmann hat daher auch, dem chronologischen Gesichtspunkt zuwider, Lessing und Herder erst nachträglich, wie in einem Anhang herangezogen. Er beginnt mit dem Gegensatz des rein diesseitigen Humanitätsideals gegen den christlichen jenseitlichen Erlösungsglauben, des Selbsterlösungsgedankens gegen den der Erlösung durch den göttlichen Mittler. An und für sich erscheint das als ein tiefer Absturz, für den Menschen nur die ungewisse Spanne des kurzen diesseitigen Lebens in Aussicht zu nehmen, anstatt seine Fortdauer in alle Ewigkeit hinauszuerwerfen. Und doch behandelt es Bergmann als einen Fortschritt. Er hätte hier mit grösserer Offenheit, die noch immer ein schwacher Punkt der Universitätsphilosophie gegen die ganz freie Philosophie ist, vor sich gehen sollen: das unvergleichlich Höhere erscheint ja dem Inhalte nach zunächst eine ewige Existenz jeder Menschenseele als eine bloss auf die Erdenjahre beschränkte. Nur die Möglichkeit, dass die erstere zur Weltordnung gehört, müssen wir jetzt als äusserst fraglich geworden ansehen; erstens sofern die Mitbedingtheit alles bewusstgeistigen Lebens durch die Integrität des zerebrospinalen Systems von aller Erfahrung bewiesen wird, zweitens sofern in der an und für

sich so natürlichen Annahme einer Seelenwanderung (Metempsychose) die Art und Weise und Möglichkeit des Ueberganges der Seele in einen neuen und jedesmal nun gerade diesen aus Elternzeugung entsprungenen Körper völlig im dunkeln bleibt. Nur nachträglich, bei näherer Besinnung, findet man auch sogar den Inhalt eines jenseitigen Nachlebens schwer irgendwie auszufüllen und selbst in der Möglichkeit seiner Glückseligkeit oder auch nur des Vorzuges vor dem traumlosen Nichtsein sehr zu beanstanden. So lässt sich jener Gedanke des von Bergmann unbesehen eingeführten Fortschrittes von der jenseitlichen zu diesseitiger Denkweise doch auch begründen: das, was ganz sicher ist, muss mit ganz andrer Entschiedenheit in Ansatz gebracht werden, als was grosser Fraglichkeit unterliegt; und wenn wir etwa die Kontinuität unserer Persönlichkeit über den Tod hinaus erleben (als durch Seelenwanderung erfolgend erleben wir sie jedenfalls in dieser unserer jetzigen Zeitlichkeit mit Bewusstsein des Zusammenhanges mit früherer Existenz nicht), so werden wir uns zu der dann eingetretenen Lage mit Vernunft und bestem Willen zu stellen suchen müssen, gerade so, wie zu unserer jetzigen irdischen; dass eine endgültige Entscheidung für alle etwaige Fortdauer darin liegen sollte, wie wir uns in unserer diesseitigen Existenz zu der dunklen Frage der Fortdauer gestellt haben, das geht, den überlieferten religiösen Vorstellungen zuwider, nicht in die Vernunft-erwägung ein, zumal die zufällig unmündig Gestorbenen nicht einen ganz ungerechten Vorsprung haben dürften.

Ein weiterer, eingreifender Fortschritt ferner ist darin zu erblicken, dass die auch durch Winkelmann's Neuentdeckung der ganzen Schönheit und Hoheit der hellenischen bildenden Kunst und überhaupt seine feurige Griechenliebe beeinflussten Goethe, Schiller und W. von Humboldt über den Kant-Fichteschen, rein auf dem Menschen als freiem Vernunftwesen gegründeten strengen, ja rigoristischen sittlichen Idealismus, ohne „theoretisch an der Majestät des Pflichtgedankens zu rütteln“, hinaus-schreiten und auf das stärkste betonen, dass uns die Natur „zum vernünftig-sittlichen Doppelwesen schuf, und der Mensch „was die Natur verbunden habe nicht scheiden solle.“ Das Band zwischen beiden Seiten finden sie in der ästhetischen Veranlagung des Menschen, die an der Vernunft- wie der Sinnlichkeitsseite des Menschenwesens teilhabe und die letztere aus dem rein Animalischen vermittelnd zur Geisteswürde emporziehe (Schillers Horenabhandlungen 1793—95, Goethes „Wilhelm Meisters Lehrjahre“, W. von Humboldts „Geist der Menschheit“ und „ästhetischer Versuch über Herrmann und Dorothea“, Goethes und Schillers Briefwechsel).

Gemeinsam ist diesen dreien die Hinwendung ihrer humanistischen Ethik auf den zu einem vollendeten Kunstwerk zu formenden Einzel-menschen, eine Aufgabe, welche die vier Seiten haben soll: Ausbildung zur Individualität, und doch auch Universalität, Streben zur Proportionalität und Totalität, welche vier Momente Bergmann S. 30—32 genau in ihrer Besonderheit und Vereinbarkeit beleuchtet. Der Gedanke, das Ganze und dessen durch innere Merkmale in Gruppen sich sondernde Teile einer organisierten Veredlung zu unterwerfen zu suchen, gehörte der Höhe unserer klassischen Literatur nicht eben an. Goethes berühmtes Distichon „Gleich sei keiner dem andern, doch gleich sei jeder dem



Höchsten. Wie das zu machen? Es sei jeder vollendet in sich!“ wird mit Recht von Bergmann als die beste Zusammenfassung des klassischen Humanitätsideals herangezogen, und dieses denkt daran, was die einzelnen Menschen als solche zu tun haben. Unsere Zeit kämpft mehr gegen die äusseren Lebensübel und Unvollkommenheiten, denen ohne Organisierung der jedesmal spezifisch Beteiligten schwer beizukommen ist. Unsere Zeit ist daran zu erinnern, dass die innere Vervollkommenung noch viel höher steht, und deshalb ist der Zuruf an sie sehr begründet, dass jeder zunächst bei sich selbst anzufangen habe. Die klassische Zeit hatte fast nur eben dieses im Auge; ihr kann unsere Zeit mit Recht zurufen, dass die höchsten Ausnahmepersönlichkeiten auf der Höhe ihres Geistesaristokratismus gut reden haben, und dass die grossen Massen zuerst einmal der Schuh noch näher drückt. Unser Zeitalter ist doch zu sehr von der Idee und dem Bestreben ganz allgemeiner, umfassender Hilfe gegen die grossen Lebensübel erfüllt, als dass sie sich auf den Gesichtskreis der Grossen einer in anderer Beziehung „klassischen Vergangenheit vor 100 und 150 Jahren“ einstellen könnte, die ihre liebsten Hoffnungen dazu hinaufführten, auszumalen, wie es in dem Bereiche der lichtesten Höhen aussehen sollte, in welche nur ihresgleichen bevorzugteste Lieblinge der Natur hinausragen. Der Geist des jetzigen Stadiums der Menschheit geht darauf hinaus, dass es in den ganzen Breiten der menschlichen Existenz besser werde, freier und reiner von den wie eine Krankheit fortgeschleppten Uebeln, und dass ein würdiges Menschentum auch in die weiten Massen einziehe, in denen nur das Mittelmass und Untermittelmass der Menschenkinder wohnt. Der Aristokratismus des klassischen Humanitätsideals kann dort keine Stätte finden. Er mag und wird weiterleben in der kleinen Auslese der ganz hohen Naturen, aber als ein Losungswort in der Brust der wenigen, die sich mit ihren da unten nicht sichtbaren Signalen der Aetherstrahlen reinster Höhe begrüsen. Was da unten wirksam ist, das ist auch ein guter Geist, in seiner Wichtigkeit gehoben durch die vielen, denen er zugute kommen soll, aber dieser ist mehr gesunde Nahrung als ein auf die sublimste Spitze getriebener gedachter Genuss, er ist eine dem durchschnittlichen Menschentum angepasste Humanität. — Doch die Frage, welche Fassung der Humanitäts-Aufgabe die richtigste sei, ist in jenen Goetheschen Distichen wohl als gelöst anzuerkennen: die von der Natur gesetzte Mannigfaltigkeit der Individuen gibt innerhalb der Forderung des echt Menschlichen einen weiten freien Spielraum der Besonderung je nach den von der Natur eingepflanzten Keimen der Eigenart.

Eine Auffassung ist den klassischen deutschen Führern zur Humanität sehr gemeinsam, wenn auch am stärksten in Winkelmann und Hölderlin vertreten: dass die Griechen die höchste erreichte Verwirklichung des Humanitätsideals darstellen. Demgegenüber ist dreierlei zu bemerken. Erstens: Die Schatten, die in dunklen Streifen auch das griechische Leben auf seiner geschichtlichen Mittagshöhe durchzogen, sind jetzt sowohl in ihrer allgemeinen Notwendigkeit wie namentlich auch in allem Näheren ihrer Tatsächlichkeit vielmehr erkannt, als vor 100 Jahren in den Zeiten des ungetrübten jungen neuhumanistischen Enthusiasmus; auch „das Schöne“ hat bei den Attikern doch einen viel weniger nach der rein ästhetischen Lust und Kunstbegeisterung neigenden Sinn, der oft

teils an „das Richtige,“ teils an „das Nützliche“ nahe herangeht. Zweitens: Die Humanität wurde von den Griechen jedenfalls nicht als solche, unter diesem Namen, zum Ideal erhoben, da die griechische Sprache überhaupt zu dem konkreten Substantivum anthropos gar kein die menschliche Wesensart bezeichnendes abstraktes gebildet hat. Die Griechen pflegten das Ideal als „Schöne und Gute“ (kalón kathagón) oder einfach die Tugend (areté, die aber dem Wortstamme nach zunächst das Wohlgefällende ausdrückt) zu benennen. Sie hatten es sozusagen in ihrer hohen Sonderbegabung nicht nötig, zu dem allgemein Menschlichen als zu ihrem Muster emporzublicken. Die Römer, welche seit ihrer näheren Berührung mit den Griechen ihre Einseitigkeit praktischer Veranlagung für Staat, Recht, Krieg und Wirtschaft erkannten, waren es, die in ihrer humanitas den Begriff des Vollmenschlichen ausprägten, um ihre Einseitigkeit zu ergänzen in der Richtung des Theoretischen, Poietischen und allseitiger Empfänglichkeit, und dieses alles lieber in das Muster des „Menschentums“ überhaupt hineindachten als sich ausdrücklich dürftiger als die Schwesternation, im gemeinsamen Gegensatz gegen die anderen Völker, die „Barbaren“, von der Natur bedacht zu bekennen. Diese von mir in meiner „Antiken Humanität“ (S. 19—28) über den Ursprung des Humanitätsbegriffes gegen dessen übliche Zuschreibung an die Griechen gemachte und näher begründete Aufstellung von der Autorität des Prof. Rich. Reitzenstein ist auch angenommen worden. Drittens: Die Hauptsache ist aber, dass das deutsche Volk nach seiner auf die Periode der klassischen Literatur gefolgten 100-jährigen Geschichte nicht mehr gewillt ist, seine höchsten Aufgaben noch aus dem Vorbild eines fremden Volkstums abzulesen, sondern das höchste Menschliche nunmehr in der Form seiner eigensten Mitgift auszuprägen, — wenn auch entgegen der nach dieser Richtung aufgekommenen leidenschaftlichen Einseitigkeit die Vertreter des vollen Deutschtums mit Recht nicht daran denken, dessen höchst eigene Begabung — auch fremdes Volkstum zu verstehen, anzuerkennen und das dazu geeignete davon auch mit dem Eigenen zu verschmelzen, — diese höchst eigene Begabung nunmehr absterben zu lassen, und dringend davor warnen.

Ein starker Gegner ragt ja eben infolge ganz anderweitiger Entwicklungen in den Bereich des Humanitätsideals herein, und von dem Verhältnis dieser beiden ist noch ein Wort zu sprechen. Der Gegner ist der „nationale Gedanke“, welcher wesentlich aus der rein politischen Seite des Völkerlebens entsprungen ist. Er möchte geradezu zu dem Sinn des Völkerdaseins machen, dass jedes Volk seine Hauptaufgabe darin finde, sich der Herausarbeitung seiner unterschiedlichen Sonderart zu widmen. Das ist eine Hauptaufgabe von ebenso viel Würde wie lockendem Reiz, aber die Aufgabe der Aufgaben kann es nicht sein. Denn tiefer als der Volksgenosse reicht noch der Mensch, tiefer als der Mensch (nach Kants insofern untadliger Formulierung des kategorischen Imperativs) noch das vernünftige Wesen oder Seele und Geist überhaupt. Mit anderen Worten: Alles Rechtverhalten — der Begriff des Sittlichen ist hier fast zu eng — muss einen innern Grund in sich haben, weshalb es als dieses ausgezeichnet werden muss. Dieser Grund wird meist in eine Anzahl von Gründen zerfallen, je nach dem Gesichtspunkte, woher die einzelnen, sich bestätigenden und ergänzenden, ent-



nommen werden. Da ist nun der unterste der aus dem Wesen des vernünftigen Geistes, der nächste der aus der Idee des Menschen, der mit dem vorigen meist (wie z. B. in den vorzüglichsten Formen der Begründung der altklassischen Ethik) zusammenfallen wird, danach mag nun schon der des besonderen Volkstums kommen. Doch gelten die beiden vorigen Arten der Gründe ja für alle Völker, so viele ihrer auf der Höhe der Bildung stehen, die Einsicht in sie fassen zu können; ferner ist es oft fraglich, ob nicht andere Gesichtspunkte noch näher liegen, wie man z. B. die Pflichten von Stand, Amt und Beruf oder der Gliedschaft in der Familie noch eher aus der Idee dieser Leitbegriffe als aus dem, was der Nationalität entsprechen würde, ableiten wird. Alles was aus den obigen Gründen das ideale Rechtsverhalten ist, wird auch zur Ehre des besonderen Volkstums gereichen, und der Gedanke daran zu edlen und beglückenden Antrieben hinziehen; nur dass dieses das erste Begründende sei, kann nach der Vernunft der Dinge nicht zugegeben werden. Selbst das Staatswesen hat auch ganz allgemeine Grundlagen, die bei allen Kulturvölkern so wiederkehren, ehe die Linie erreicht wird, von der ab der nationale Staat von dem Hauch seiner Eigenart be-seelt wird, und in allen unseren rein geistigen Bestrebungen ist es eine falsche Scham, wenn wir uns ableugnen, dass sie über unser Staatsbürgertum hinausgehen und schlechterdings weltbürgerlicher Art sind. Nur die besondere Färbung, die sie in uns annehmen, wird durch die Naturgrundlage, sozusagen durch Fleisch und Blut, unserer Volkszugehörigkeit bestimmt, und dafür liefert die Natur selbst eine so gewisse Bürgschaft, dass wir uns auf sie verlassen können und andererseits das Nationale nicht in das hereintragen sollten, was durch das umfassendere Rationale bestimmt wird. Das athenische Volk fragte einst bei dem Delphischen Orakel an, an welche religiösen Gebräuche es sich halten solle. Es erhielt die Antwort: an die, welche in der Sitte der Vorfahren lägen. Von einer gerechten Ungewissheit über diese Antwort beklommen antworteten sie, diese Sitte habe sich oft verändert, was aus dem mannigfaltigen sie nun als Richtschnur nehmen sollten? Die Antwort lautete: „das Beste.“ Die Erkenntnis des Besten aber ist wesentlich der allgemeinen Vernunft anheimgegeben. Wenn selbst das Beste wieder, bei Gleichheit des Wesens, durch die nationale Art distinguirt wird, so muss man für diese werthe Bereicherung des Einheitlichen durch seine Farbenbrechung dem Tiefsinn des Schöpfergedankens dankbar sein.

Wie das deutsche Volk in den verschiedenen Zeiten seiner Geschichte gedacht, gefühlt und gehandelt hat, das muss ja wohl immer deutscher Art gewesen sein. Da aber vieles dabei gewesen ist, was sich nach allen vernünftigen Wünschen nicht wiederholen möchte, so könnte ja das Deutsche kein sicherer Leiter für die Zukunft sein. Aber nach so langen und so eindringlichen Lehren aus der Vergangenheit, kann die Zukunft auch eine mächtige Bundesgenossin in der Erfahrung finden. Dass das Nationalgefühl, tief aufgewühlt durch den grossen Krieg wie noch nie, in der neuen nach dem Kriege zu erwartenden grossen Besinnung zu kurz kommen könnte, dafür liegt nicht der mindeste Grund zur Besorgnis vor. Dies auf allen Seiten erhitzte Nationalgefühl hat aber zu der ganz ungeahnt radikalen Zerreissung aller europäischen

Gemeinschaft geführt und zu einem neben den legitimen Kriegshandlungen nebenhergehenden wahrhaft unerträglichen Verhältnisse der beiden Gruppen der Mächte. Da ist es nach dem Kriege aufs innigste zu wünschen, dass auf allen Seiten die Neubesinnung auf die gemeinsamen Pflichten und Aufgaben des Menschentums erwachen, die Kunst des Vergessens, ohne die ein sinnvolles Nebeneinanderleben nicht wieder denkbar ist, allem masslos Gefühlten gegenüber nachdrücklich geübt und den beiden Elementen des Rechtsverhaltens, dem nationalen und dem humanen, jedem das auf der richtigsten Linie zu findende Seine zu Teil werde.



## DIE TAGESPRESSE IN DEN VERSCHIEDENEN LÄNDERN UND IHRE STELLUNG ZUM KRIEGE.

(Eine vergleichende Untersuchung.)

**D**IE Rolle der Presse in Führung und Erziehung der Demokratie ist auch in der Friedenszeit — in jener schon so fernen Geschichtsepoche, in der die Pressezensur nur mehr als Objekt der Geschichtsschreibung galt — viel umstritten gewesen. Von konservativer Seite warf man ihr vor, dass sie zu wenig Scheu vor der hergebrachten Autorität besitze, die Leidenschaften der Massen aufpeitsche, dass sie „demagogisch“ wirke. Von sozialistischer Seite beschuldigte man sie, dass sie im Dienste der Geldmächte stehe, durch Annoncenwesen und finanzielle Interessen von ihnen abhängig sei und darum auch politisch ihre Interessen vertrete. Um einen klaren Blick in den durch die Kriegszeit geschaffenen Wandel zu gewinnen, ist es nötig, uns über die Problemstellung der Friedenszeit einigermassen klar zu werden.

Gewiss sind die obenerwähnten Krankheitserscheinungen im Pressewesen vielfach in Erscheinung getreten, vor allem dort, wo sie bereits im Volks- und Wirtschaftsleben selbst krankhaft entwickelt waren, wo Volksleidenschaften herrschten, denen die Presse nur zu schmeicheln brauchte, um gelesen zu werden (wie z. B. in Paris) oder wo alle sozialen Wertmasstäbe und Lebensziele hinter denen des Geldes in den Hintergrund getreten waren (wie vielfach in Amerika).

Diese Konstatierung gibt uns bereits den Schlüssel zu einer allgemeineren Erkenntnis. In der Friedenszeit war die Presse eng abhängig von den Strömungen der Volksseele und den dieselbe beherrschenden Kräften. Sie war, wenn nicht in ganz vollkommener, so doch in weitgehender Weise ein wahres Spiegelbild derselben. Ueberhaupt liess sich ja von der kapitalistischen Friedenszeit sagen, dass jeder Handelsartikel, der einem Massenbedürfnis entsprach, sich rasch einen Markt zu erobern wusste und dass somit die wahren subjektiven Bedürfnisse des Volkes (die freilich nicht immer mit wirklichen, sittlichen oder bleibenden Notwendigkeiten identisch sein mussten) stets rasch zu entsprechender Befriedigung führen mussten.

Das lag eben im Prinzip der Freiheit, wie es damals gebot, und in der Lebendigkeit des allgemeinen Kulturlebens begründet.



Wer in der Friedenszeit in seiner Zeitung in Fühlung mit den realen Strebungen der Volksseele blieb, der konnte in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle sicher sein, sie zu verkaufen. Von sozialistischer Seite ist ja in manchen Ländern behauptet worden, dass solche Zeitungsgründungen — trotz Ideengemeinschaft mit der politischen Ansicht breiter Volksschichten — um mangelnden finanziellen Rückhalts und um der Boykottierung durch die Handelswelt willen sich nicht entwickeln könnten; aber gerade die schöne Entwicklung, die die sozialistische Parteipresse in den letzten Jahren nicht bloss in Deutschland (wo sie sich seit langem entfaltet hatte), sondern auch in Frankreich und Amerika genommen hat, beweist das Gegenteil.

Höhere Auflageziffern haben freilich stets jene Blätter erzielt, die sich nicht an das Oberbewusstsein, nicht an die klaren Gedanken einer Minderheit wandten, sondern ans Instinktleben der breiten Massen, die sich den Sensationswünschen derselben anzupassen verstanden; in Frankreich Blätter wie der „Matin“, in England die „Daily Mail“, in Amerika die Blätter der „Hearstgruppe“, in Oesterreich etwa das „Neue Wiener Journal“.

Es ist durchaus ein Ehrenzeichen für die geistige Reife des deutschen Volkes, dass grosse ernste Blätter in erfolgreichem Wettbewerb (was Auflagenzahl anlangt) mit dieser unpolitischen Lokalpresse zu treten verstanden.

Die Presse ist also, was immer man Böses über sie sagen möchte, in hohem Grade ein Spiegelbild der wahren, realen Volksstimmungen gewesen. Hat sie auch auf dieselben erzieherisch einwirken können? Nur in einer Minderzahl der Fälle war dies ihre Absicht. In der Regel wollte sie einfach den Launen des „Gebietes“ lauschen, um sie befriedigen zu können.

Immerhin darf nicht vergessen werden, dass trotz allem, was man über die Verderbtheit der Zeit sagen mochte, die Liebe zur Wahrheit, der Abscheu gegen Intrige und Käuflichkeit, das Mitleid mit den Unterdrückten, der Freiheitssinn im Volksempfinden aller grossen Kulturvölker sehr fest verankert waren. Christliche Moraltraditionen, Erinnerungen an die Freiheitskämpfe der französischen Revolution vom Jahre 1789, des amerikanischen Freiheitskrieges von 1776, Eigeninteresse des aufstrebenden Proletariats, all das sind eben lebendige Kräfte geblieben und wenn es einer Zeitung gelang, bei der Masse den Eindruck zu wecken, dass sie die Sache der „Wahrheit“ gegen die „Lüge“, die der „Freiheit“ gegen die „Tyrannei“, der „sozialen Gerechtigkeit“ gegen die „Ausbeutung“ so vertrete, so war sie trotz und alledem eines grossen Leserkreises gewiss. Weil dem so war — selbst von jedem ideologischen Moment ganz abgesehen — gab es immer Zeitungsleute, die sie in ihren Blättern verkündeten und die so auf das instinktive Volksempfinden klärend und erzieherisch wirkten.

Wäre es auch zu weitgehend, von einer bewusst führenden Rolle der Presse in der Aufwärtsentwicklung der Kultur zu sprechen, so muss ihr doch zugebilligt werden, dass sie, in enger Wechselbeziehung mit den Volksströmungen stehend, eine klärende Funktion erfüllt hat, oder, um es noch allgemeiner zu fassen, die Presse war in jener schon legendären Zeit der Freiheit ein wahres Bild der kapitalistischen Epoche

mit all ihren Vorzügen und Fehlern, mit ihrer Bewegungsfreiheit, ihrem Fortschritt durch Anpassung an die realen Bedürfnisse, mit ihrer Lebendigkeit. Hie und da durch die Hypertrophie der finanziellen Potenzen gestört, war sie doch im wesentlichen ein Element der Aufwärtsbewegung und ein freies Betätigungsfeld nicht bloss für das Niedrige, sondern auch für das Hohe. Ein Feld für den freien Kampf ums Dasein — ohne künstliche Hemmung — der, wie draussen in der Natur, so auch im Menschenleben, den Tüchtigen zum Erfolge verhelfen mochte.

\* \* \*

So oder ähnlich ist es auch heute noch in den neutralen Ländern, aber Daseinsbedingungen und Möglichkeiten der Presse in den kriegführenden Ländern haben sich von Grund auf verändert. Die Herrschaft ist überall an die Militärbehörden übergegangen und für sie ist die Volksstimmung genau so ein materieller Faktor der Kriegsführung wie etwa die Bestände an Menschenmaterial oder an Rohstoffen für die Munitionserzeugung.

Dieser Volksstimmung musste, auf dass sie in Kampfesleidenschaft verharre, suggeriert werden, dass der eigene Staat voll und ganz im Rechte und dass die andern Staaten sämtlich im Unrecht seien. Nachrichten über die Kriegserfolge der Gegner mussten ihr vorenthalten, Nachrichten über die eigenen Siege ausschmückend dargestellt werden, damit sie von der Sicherheit des eigenen Erfolges felsenfest überzeugt bleibe und stets meine, dass es nur noch einer letzten Kraftanstrengung, eines letzten Durchhaltewillens bedürfe, um die Früchte all der Opfer einzuheimsen.

Freilich hätten diese gleichen Behörden sich auch sagen können, dass eine solche, absichtlich in Irrtum geführte Volksstimmung dereinst ein Eigenleben gewinnen und ein wahres Hemmnis für jede Umkehr zum Friedenswillen — auch wenn eine solche den leitenden Kreisen auf Grund ihrer ungefälschten Informationsquellen nützlich erscheinen sollte — bilden könnte. Dass es so kommen könne, wie im Goetheschen Wort: „Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los“, daran dachten eben wenige und um die Volksstimmung in der gewünschten Weise zu „mobilisieren“, schien die Presse das geeignete Mittel. Zunächst verbot man die Verbreitung „ungünstiger Mitteilungen“ über die Kriegslage“ (in Frankreich hat man z. B. nie die volle Wahrheit über die Niederlage der Russen in Ostpreussen erfahren dürfen, in Deutschland nie die volle Wahrheit über die Erfolge der Russen in Galizien), sowie vor allem die Veröffentlichung von Artikeln, welche aus dem gegebenen Nachrichtenmaterial Schlussfolgerungen in einer für die Erreichung des obangedeuteten Endzwecks ungünstigen Richtung zu ziehen vermochten.

Wenn aber in einem Blatte die nach der einen Seite gehenden Gesichtspunkte unterdrückt und nur die nach der andern Seite gehenden Gesichtspunkte zugelassen werden, so musste der Leser sogar aus der Lektüre eines Blattes, dessen Redaktion gar nicht „offiziell“ gesinnt war, die offizielle Meinung herauslesen. Vielfach ging man aber noch weiter. Den Redaktionen wurden, wie das speziell in Oesterreich geübt wurde, direkte Aufträge erteilt, gewisse Artikel zu bringen oder



aus Blättern, die im Dienste der Regierung standen, derart nachzudrucken, dass die naive Leserwelt den Eindruck gewinnen musste, sie entsprängen der eigenen Ansicht der Redaktion, die infolge früherer Betätigung bei ihr einen gewissen moralischen Kredit genoss. Viele Blätter hatten, um nicht unterdrückt zu werden, auch das natürliche Bestreben, so oft als möglich Artikel zu bringen, in denen sie sich mit der herrschenden Lehre in Einklang bringen konnten. Diese Artikel liess man stehen, die andern unterdrückte man und so war wieder das Ziel erreicht, die Leser selbst über die wahre Gesinnung der Redaktion zu täuschen.

Wo das nicht möglich war, wurden die Blätter eben ganz unterdrückt wie z. B. sogar in Deutschland, das nächst England die gemässigteste Zensur besitzt, die Zeitschriften „Das Forum“ und „Der Völkerfriede“.

Diese Gesichtspunkte dürfen nicht ausser Acht bleiben, wenn wir im Spätern dann die Haltung der einzelnen Blätter behandeln und untersuchen wollen, denn vielfach ist es der Zensur in dieser Weise nicht bloss gelungen, Blätter, Artikel und Meinungen, die ihr missliebige waren, einfach zu beseitigen, sondern auch dem verbleibenden Texte und den verbleibenden Blättern eine Stimmung aufzuprägen, die gar nicht der wirklichen Meinung der Redaktion entsprach.

\* \* \*

Diese äussere Behinderung war es jedoch nicht allein, welche in der Presse aller kriegführenden Länder die alten Ideen entwurzelte und sie zum Werkzeug für eine Umformung der Volksinstinkte nach ganz bestimmter Richtung umgestaltete.

Der Krieg, der alle Glieder eines Volkes dem Feinde geschlossen entgegenstellt, tausend gemeinsame Hoffnungen und Leidenschaften erweckt, ist an sich ein gewaltiger Stimmungsumformer und sehr vielfach ist der Umschwung ganzer Bevölkerungskreise, speziell der Arbeiterschaft, von der pazifistischen Idee der Völkerverbrüderung zu den Idealen des Krieges und des Völkerhasses ein wirklich gefühlsmässiger gewesen. Aber die im obenangedeuteten Sinne am Gängelband geführte Presse hat diese Stimmungen dann noch weiter aufgepeitscht, sie ist ihrerseits dann wieder von den genannten Leidenschaftsstimmungen vielfach noch weiter fortgerissen worden, als ihre Auftraggeber in der Zensurbehörde das selbst zu fordern gewagt hätten. So hat sich eine Wechselbeziehung aufgepeitschten Volksempfindens und gefälschter Presse entwickelt, die in ihrem Erfolge die Volksmassen weiter und weiter auch von den einfachsten Grundsätzen der Logik entfernen musste.

Ganz besonders gilt das alles von den breiten Volksschichten und ihrer Presse. Beim Bürgertum und seinen Blättern arbeitete die Maschinerie für Beeinflussung in bestimmtem Sinne in viel feinerer Weise. Hauptgewicht legte man in dieser Sphäre auf die Unterdrückung der Nachrichten, welche eine Grundlage für ungeschminkte Urteilsbildung hätte darbieten können. Das Ziehen entsprechender Schlussfolgerungen aus dem so gesichteten Nachrichtenmaterial konnte man eher der Selbstentschliessung der Redakteure überlassen, weil man von deren schon



von der Friedenszeit her bekannten konservativen Gesinnung eher erwarten konnte, dass sie aus eigenen Stücken im nationalen Sinne wirken würden.

Trotzdem hat auch das nationale Bürgertum keineswegs nur nach eigener Verantwortung seine Stellungnahme wählen können; denn die Unterdrückung der Nachrichten beschränkte sich ja naturgemäss nicht auf Tatsachen der äussern Erscheinungswelt (Kriegsbuletins), die gerade die gebildetsten Schichten durch Lektüre von Blättern aus dem neutralen Ausland erfahren konnten. Wichtiger noch war die systematische Ausschaltung aller Mitteilungen über sympathische Züge beim Feind und das systematische Zusammentragen von Nachrichten über Greueltaten, Charakterschlechtigkeit und latente Schwäche desselben. (Siehe z. B. die offiziellen belgischen und französischen Verlautbarungen, die allen Blättern zum Nachdruck übermittelt wurden.)

Zusammenfassend kann also gesagt werden, dass die Presse zum Teil unter dem Druck der Zensur, zum grössern Teil jedoch in Anpassung an Volksleidenschaften (die sie dann aber in enger Wechselbeziehung noch weiter anstachelte) die logischen Kräfte der Völker gebrochen hat und dass die Unterdrückung der wenigen Blätter, die der erzieherischen Mission der Presse treu bleiben wollten, auch jenen freien Kampf ums Dasein, der unter Bedingungen der Friedenszeit der Hetzpresse entgegentreten erlaubte, unmöglich gemacht hat.

\* \* \*

Eine kurze Uebersicht über die Wandlung der wichtigsten Zeitungen in zweien der kriegführenden Grossmächte mag diese allgemeinen Ueberlegungen ergänzen und konkreter veranschaulichen.

In Deutschland hat sich von den letzten Juli- zu den ersten Augusttagen ein überaus weitgehender Wandel der Presse vollzogen. Die Presse des Deutschen Reiches ist heute zweifellos weit gemässiger und in ihren führenden Organen von den Auswüchsen des Völkerhasses freier als etwa die Frankreichs, aber dem ist nicht immer so gewesen.

Selbst grosse Blätter der demokratischen Linken, selbst Zeitschriften radikal-fortschrittlicher Tendenz, die sich stets zu den Idealen der Friedensbewegung bekannt hatten, liessen sich von der allgemeinen Leidenschaftsflut fortreissen. Andere Blätter, die im Frieden einen gemässigt-vermittelnden Standpunkt eingenommen hatten, gingen zum extremen Nationalismus über. Die Klagen über die angeblich „allzugute Behandlung der fremden Gefangenen“, die Aufrufe zur Boykottierung der Gedanken und Sitten der andern Völker, zur Abschliessung der deutschen Nationalkultur von den geistigen Strömungen des Menschheitsganzen, waren in dieser Richtung überaus charakteristisch. Nur ganz wenige Blätter wagten es, damals gegen den Strom anzukämpfen.

Nach einigen Monaten jedoch ward es anders. An die Stelle des Bewegungskrieges trat der Stellungskrieg, an die Stelle der überquellenden Leidenschaft eine ernstere, nachdenklichere Stimmung. Zum gleichen Zeitpunkte setzte auch wieder die individuelle Differenzierung der Presse ein und mehrere Blätter suchten der Stimme der Besonnenheit zu dienen; so sei besonders auch des Eintretens der Vossischen

Zeitung für dereinstige Wiederanknüpfung der internationalen Kulturbeziehungen Erwähnung getan. Bedeutendes Verdienst in dieser Richtung hat sich insbesondere das „Berliner Tagblatt“ erworben, dessen leitender Redakteur Theodor Wolff in einer Reihe ausgezeichneter Artikel die Kriegsneurose bekämpfte und die instinktive Abkehr des denkenden Bürgertums von den Stimmungen des Lissauer'schen Hassgesanges und des Manifestes der 93 Intellektuellen zu einer ausgeprägten, neuen Orientierung erstarken liess. Kein anderes Blatt der kriegführenden Mächte (von dem „Manchester Guardian“ und den „Daily News“, London vielleicht abgesehen) hat in gleich wertvoller Weise wirken können, weil eben die massvolle, für das Auffassungsvermögen der Gebildeten berechnete Sprache und der grosse politische Einfluss des Berliner Blattes die Zensur veranlasste, auch Gedankengänge darlegen zu lassen, die sie in einem sozialistischen oder pazifistischen Blatte scharf unterdrückt haben würde. So ist es gekommen, dass die wichtigste erzieherische Einwirkung zum Guten, die von der deutschen Presse in dieser schweren Zeit ausgehen konnte, nicht vom „Vorwärts“ ausging (den man zensurierte), nicht von der ausgezeichneten Zeitschrift „Forum“, die man zuerst zensurierte und dann unterdrückte, nicht vom Organ der deutschen Friedensgesellschaft, das man beseitigte, sondern vom genannten Organ des fortschrittlichen Bürgertums.

Allmählich wurde dann auch die Sprache der andern grossen Blätter der fortschrittlichen Partei wieder gemässigter und was besonders eine gewisse Ueberlegenheit des deutschen Pressedienstes gegenüber dem Frankreichs bedeutete: auch die offiziellen Heeresberichte der fremden Mächte dürfen veröffentlicht werden. Eine gewisse Kontrolle der eigenen Meldungen ist so für den denkenden Leser möglich. Als besonders nützlich mag in dieser Richtung die Uebung der Frankfurter Zeitung erwähnt werden, bei ihren Telegrammen speziell anzugeben, wo und von welcher Zensurbehörde sie zensuriert wurden. Das gibt die Möglichkeit, gewissermassen nach den Methoden der Geschichtsforschung den Wert der einzelnen „Quellen“ zu prüfen. — All das gilt freilich nur für die Elite. Der Masse wird durch verschiedene Ausstattung im Druck, durch die Betitelung, durch die redaktionellen Glossen trotz allem doch suggeriert, dass die fremden Berichte gewissermassen nur eine „Kuriosität“ darstellen, die man um des Einblicks in das Seelenleben des Feindes willen bringe, während die wirklichen Tatsachen eben doch nur in den eigenen Berichten gesucht werden müssten.

Ein Charakteristikum der deutschen Presse gegenüber derjenigen anderer Länder liegt dann ferner in der Existenz einer konservativen Fronde, die sich nicht damit begnügt, die Friedensbewegung noch leidenschaftlicher anzugreifen, als es die offiziösen Blätter tun (dabei lässt sie die Zensur bereitwillig gewähren), sondern die auch auf die Politik der Reichsregierung verhärtend einwirken will. Diese Blätter, wie die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hätten allzugerne offen zum Kriege gegen Amerika gehetzt und eine offene Eroberungspolitik gegenüber allen gegnerischen Ländern gefordert — aber die Zensur verhinderte sie daran.

Dass die Presse ein vollkommener Spiegel der Volksströmungen sei, lässt sich also nicht einmal in dem Sinn behaupten, dass sie alle



Fanatismen widerspiegele. Ueber eine bestimmte Linie kriegerischer Begeisterung darf auch sie nicht hinausgehen. Die Presse ist so ein recht künstliches Ding geworden, dem die Flügel der Eigenbewegung scharf zugestutzt wurden. Wenn man ihr doch eine erzieherische Funktion zubilligen will, so höchstens die der Angleichung weiter Menschenmassen, ihres Hoffens und ihres Fühlens, an die speziellen staatspolitischen und strategischen Kombinationen leitender Behörden.

In Frankreich liegen die Dinge im Grossen und Ganzen nicht unähnlich, nur dass dort die Leidenschaftsstimmung der ersten Kriegswochen auch späterhin geblieben ist. Dies erklärt sich natürlich aus dem Umstande, dass weite Strecken des Landes von der gegnerischen Armee besetzt gehalten werden, was stets aufs neue den leidenschaftlichen Wunsch nach Befreiung des heimischen Bodens auslösen musste. Es erklärt sich ferner aus den Berichten der aus dem Kampfgebiet fliehenden Bevölkerung und den künstlich aufgebauchten Greuelberichten. Eine Zeitung, wie das „Berliner Tageblatt“, die sich bewusst gegen die Kriegsneurose wenden würde, fehlt in Frankreich. Am nächsten kommt ihr das „Journal des Débats“, das über die Weltereignisse in eingehender und ruhiger Weise, ohne zwecklose Schimpfworte, berichtet und damit seine alte Tradition, dem guten Geschmack zu dienen aufrecht hält.

Das bedeutendste Blatt im Frankreich der Friedenszeit, „Le Temps“, der seine konservativen Ansichten immer mit den dialektischen Methoden eines ausgezeichneten Rechtsanwaltes vertreten hatte, ist nicht bloss ganz ins Lager der Kriegsleidenschaft übergegangen, sondern er hat sich sogar jene Verketzerung der internationalen Friedensbewegung, jenes Aufspüren jeder vermeintlichen Intrige für Milderung oder Beendigung des Krieges zur Spezialität gemacht, wie es in Deutschland etwa von der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“ geübt wird. Diese beiden Blätter haben sich übrigens zum Unterschiede von vielen andern einen Rest von Logik insoweit bewahrt, als sie die Gemeinsamkeit ihrer Argumente gegenüber der Friedensbewegung in gewissem Grade begreifen; so konnte es kommen, dass z. B. ein höhnischer Aufsatz des „Temps“ über deren Vertreter von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung mit Ausdrücken ungeteilter Sympathie übersetzt und abgedruckt wurde. Das letzte Blatt hat damit von der sonstigen Regel, jeden Gedanken des „Feindes“ schlecht zu finden, eine recht lustig wirkende Ausnahme gemacht.

Der „Temps“ sucht im Uebrigen seine Tradition ernster Argumente wenigstens insoweit zu wahren, als er sich nicht mit blosser Beschimpfung des Gegners begnügt und Worte wie „Boche“, die bei den andern jedes Argument ersetzen, zu vermeiden sucht. Er dient aber doch dem gleichen chauvinistischen Ziel, nur eben mit andern, seinem gebildeten Leserkreis besser zusagenden Mitteln.

Vollkommen haben sich anderseits die andern grossen Blätter Frankreichs der Aufpeitschung der Leidenschaften hingegeben. „Figaro“ und „Matin“ mögen insoweit als wahres Spiegelbild der tatsächlichen Volksstimmungen gelten und ihrerseits wieder durch deren grelle



Darstellung die Leidenschaft im Volke erhalten. Sie sind im Wesentlichen in der alten Funktionslinie der Boulevardpresse geblieben — und dagegen wäre vom Standpunkt der freien Presse gar nichts einzuwenden, wenn eben nicht jede freie Vertretung gegnerischer Ansichten durch die Zensur unterdrückt und so dem französischen Volke nur eine ganz einseitige Kost geboten würde.

Die französische Regierung geht nicht so weit wie mehrere andere, dass sie der Presse die Veröffentlichung bestimmter Artikel vorschreibe, aber durch die Zulassung der einen und das Verbot der andern kommt sie doch zum Endergebnis vollständig einseitiger Beeinflussung der öffentlichen Meinung. In einer Richtung geht sie übrigens noch über Deutschland und Oesterreich hinaus: Im Verbot, die Berichte der fremden Heeresleitungen zu veröffentlichen. So ist es möglich geworden, in den französischen Volksmassen — die in ihrer Mehrheit nicht daran denken, sich diese Berichte in einem Blatt des neutralen Auslandes zu suchen — eine vollkommen falsche Beurteilung der wirklichen Kriegslage grosszuziehen, sie in den Glauben zu versetzen, dass Frankreich im Begriffe sei, „überall zu siegen.“ Diese Methode hat schliesslich zu einer gewissen Erregung unter den allerpatriotischsten der Patrioten geführt, sie klagen, das Volk werde durch diese trügerische Zuversicht eingelullt und nicht hinreichend von der Notwendigkeit grosser Anstrengungen überzeugt. Senator Humbert im „Journal“ und Clémenceau im „Homme enchainé“ sind darum in eine gewisse Fronde zur Regierung getreten und das letztgenannte Blatt ist darum vielfach beschlagnahmt worden; ein gewisses entferntes Gegenstück zur konservativen Fronde der „Deutschen Tageszeitung,“ jedoch mit andern Richtlinien. Ein zweites Gegenstück zu derselben mag in der „Action française“ und dem Blatte „l'Oeuvre“ erblickt werden, die die andern Blätter in Deutschenhass und Fremdenfeindschaft noch zu übertrumpfen suchen und hiedurch den Wind der Volksströmung in ihre Segel lenken wollen.

Gerade dieser, auch bei andern Blättern in gewissem Grade vorhandene demagogische Wunsch, noch deutschfeindlicher zu sein als das Konkurrenzblatt, hat übrigens viel zur Verhärtung der Presse und der Volksseele beigetragen.

Die sozialistischen Blätter stehen unter ebenso scharfer Zensur wie in Deutschland und dürfen ihre radikalen Mitarbeiter und deren friedensfreundliche Ansichten nicht zu Wort kommen lassen. Sie stehen ausserdem gewissermassen unter der inoffiziellen Zensur der öffentlichen Meinung, die gegenüber solchen Ansichten ein Lynchgericht walten zu lassen noch mehr geneigt wäre als in Deutschland.

Man würde durchaus irren, wenn man etwa in Hervé und seiner chauvinistischen „Victoire“ ein wahres Spiegelbild der Ansichten der gesamten französischen Arbeiterschaft erblicken wollte. Ein grosser Teil derselben steht den Anschauungen der deutschen, sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sehr nahe, aber die Entfaltung derselben wird durch die geschilderte Knebelung der Presse stark behindert.

Die radikale Parteipresse steht derzeit ganz im Bann der Tagesleidenschaft; aber eine längere Dauer des Krieges kann in diesen Kreisen leicht Strömungen des konstruktiven Pazifismus, Forderungen

nach Neuaufbau des Völkerrechts, die heute von wenigen bewusst vertreten werden, erwachsen lassen. Zukunftsfragen!

Auch von Frankreich muss zusammenfassend gesagt werden, dass die Presse ihrer historischen Rolle als Spiegelbild der Volksseele und als Erzieherin derselben nur in einer Weise nachkommen kann, die angesichts der vielfachen Regierungseinflüsse, sowie anderseits der volkstümlichen Demagogie als eine durchaus verfälschte bezeichnet werden muss.

\* \* \*

Von der Presse aller kriegführenden Länder gilt die traurige Erkenntnis, dass das in lang währendender kultureller Differenzierung ausgebildete Eigenwesen der Presse den Stürmen der Kriegszeit nicht widerstanden hat. Die Presse schien ehemals so mächtig, man nannte sie die siebente Grossmacht. Aber ihre Macht war eben trotz alledem nur geistiger Natur und zum Widerstand gegen die materiellen Machtmittel der Regierungsgewalt nicht befähigt. Sie ist nicht unterdrückt worden, aber vielleicht schlimmer als das: Sie ist zum Werkzeug fremder Zwecke umgeformt worden. Ihre soziale und erzieherische Funktion wurde gefälscht und so mag ihr später noch mancher Vorwurf der Aufpeitschung der Volksleidenschaften, der Hinausschiebung des Friedens gemacht werden, der in Wahrheit gar nicht ihr, sondern ihren Zwingherren zu gelten hätte.



## WIRTSCHAFTLICHE PROBLEME DER KRIEGSZEIT

DR. JULIAN REICHESBERG, BERN: DIE WIRTSCHAFTLICHE NOTSTANDSAKTION DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRAATES.



UR noch eine kurze Spanne Zeit und nun wird auch das zweite Jahr ins Land gegangen sein, seitdem die Menschheit von dem furchbarsten aller je dagewesenen Kriege heimgesucht worden ist.

Aber noch ist das Ende nicht abzusehen.

Ein Meer von Blut und bittersten Tränen hat die Erde umhüllt. Ungeheure Hekatomben von in schönster Blüte ihres Lebens stehenden Männern werden hingeopfert oder kehren siech und gebrochen zurück.

Ein Weltbrand von riesigen Dimensionen ist entfacht worden und wie er zu löschen wäre, diese Einsicht ist bis jetzt noch niemandem gegeben.

Die mörderischsten Mittel werden angewendet und alle Eroberungen der Wissenschaft dienen nur dem einen Zwecke: den Feind womöglich gründlich zu vernichten.

Einem Tollhaus in ungemein vergrössertem Masstabe gleicht unser Planet, und das, was wir Kultur zu nennen pflegten, scheinen die Menschen von sich fast ganz abgestreift zu haben, um einander wie wilde Bestien zu zerfleischen.



Denn nicht nur wird ein erbitterter Waffenkampf zwischen den im Felde sich gegenüberstehenden unermesslichen Massen geführt. Auch der zu Hause gebliebenen zivilen Bevölkerung gegenüber wird gekämpft, wenn auch nicht mit Feuerwaffen, so doch durch Entziehung und Verteuerung der allernötigsten Lebensmittel.

Aber auch die bis jetzt vom Kriege verschont gebliebenen Länder, die sog. Neutralen, sind nicht minder in Mitleidenschaft gezogen worden. Hat doch das ganze wirtschaftliche Leben Europas eine ungemein heftige Störung erlitten. Die in den letzten Jahrzehnten sich mehr und mehr entwickelnde Weltwirtschaft führte dazu, dass die einzelnen Länder, wenn sie sich auch von einander mit Zollgrenzen abzusondern suchten, fast zu einer einzigen grossen Familie vereinigt wurden. Und stellten sich Störungen in einem Lande ein, so machten sie sich auch früher oder später in den andern spürbar. Um so begreiflicher ist es, dass dieser Weltbrand auch auf die nicht Beteiligten katastrophalisch wirken musste.

Die Schweiz, die zwischen den Kriegführenden wie eine kleine Insel im brandenden Meer sich befindet, ist selbstverständlich am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden und musste von Anfang an darauf sehen, sich militärisch, wie volkswirtschaftlich zu behaupten.

Rasch und mit fester Hand musste da eingegriffen werden und es wurde daher eine teilweise Neuordnung der rechtlichen Verhältnisse notwendig: ordentliche Gesetzgebung hatte nun den sog. Notverordnungen Platz zu machen.

Selbstverständlich sind Notverordnungen des modernen Rechtsstaates und insbesondere der demokratischen Schweiz keine willkürlichen Akte der Regierung, wie sie der alte Polizeistaat kannte. Das Notstandsrecht des absoluten Staates, das man auch *jus eminens* nannte und mit dessen Hilfe er alle Beschränkungen vornehmen, sich ohne jede gesetzliche Ermächtigung über wohl erworbene Rechte hinwegsetzen konnte, hatte den Charakter der Willkür an sich.

Um dieser Willkür einen Riegel zu schieben, verlangt daher der moderne Rechtsstaat für jede öffentliche, d. h. von der öffentlichen Gewalt vorgenommene Verschiebung von Rechten und Pflichten eine gesetzliche Ermächtigung<sup>1)</sup>.

Zwar besteht formell auch jetzt ein Unterschied zwischen einer Notverordnung und einem Gesetz. Ist doch der Grund zum Erlass einer Notverordnung der Eintritt einer Notlage des Staates, die sich auf dem Gebiete der Rechtssetzung geltend macht und gerade aus dem Grunde, weil das vorhandene Recht nicht mehr genügt. „Soweit die Notverordnung bestehende Rechtssätze — also regelmässig Gesetzesätze — abändert, richtet sich ihr Inhalt gegen vorhandenes Gesetzesrecht, *contra legem*. Soweit es in dem Bedürfnis nach Aufstellung von neuen Rechtssätzen Ausdruck findet, tritt der Inhalt der Notverordnung an Gesetzesstelle, in *legis locum*“<sup>2)</sup>. Aber die Ermöglichung der Vornahme einer Notverordnung hängt nicht mehr von der blossen Einsicht der regierenden Gewalt ab, sondern ist gewissen gesetzlichen Bestimmungen

<sup>1)</sup> Vergl. Prof. Hatschek, Die Rechtstechnik des Kriegssozialismus. Deutsche Revue, Juni 1916.

<sup>2)</sup> E. O. v. Waldkirch, Die Notverordnung im Schweizerischen Bundesstaatsrecht. Bern 1915, S. 8.



unterstellt, die mehr oder weniger klar in der Staatsverfassung niedergelegt sind.

Es ist bei unserm Thema nicht auf die Kontroverse einzugehen, ob auch bei der republikanischen Staatsform ein Notverordnungsrecht der Regierung möglich sei. Tatsächlich enthält die schweizerische Bundesverfassung keine ausdrückliche Regelung des Notverordnungsrechts. Es ist aber wohl möglich, event. durch Interpretation von gewissen Verfassungsartikeln ein solches Recht zu statuieren für die Bundesversammlung, die dann ihrerseits auf dem Wege der Delegation dieses dem Bundesrate zu übertragen vermöchte.

Und so geschah es denn auch zu Anfang des Krieges.

Am 2. August 1914 erging an die Bundesversammlung eine Botschaft des Schweiz. Bundesrates, in welcher „genehmigende Kenntnisnahme“ von dem erlassenen militärischen Aufgebot erbeten und um die Ermächtigung nachgesucht wird, ihm, dem Bundesrat „das ganze Heer und die ganze ökonomische Kraft der Nation unbeschränkt zur Verfügung zu stellen“. Zugleich wird die Mitteilung gemacht, dass im Zusammenhang mit der Pikettstellung der Armee ein Ausfuhrverbot für Pferde und Maultiere, verschiedener Fahrzeuge und deren Bestandteile, Benzin, Telegraphen- und Telephonapparate etc., wie auch aller Lebensmittel und Futtermittel erlassen worden sei.

Am 3. August fasste die Bundesversammlung den „Bundesbeschluss betreffend Massnahmen zum Schutz des Landes und für Aufrechterhaltung der Neutralität“, der in seinem Art. 3 folgendes bestimmt:

„Die Bundesversammlung erteilt dem Bundesrat unbeschränkte Vollmacht zur Vornahme aller Massnahmen, die für die Behauptung der Sicherheit, Integrität und Neutralität der Schweiz und zur Wahrung des Kredites und der wirtschaftlichen Interessen des Landes erforderlich werden.“

Ueber den Gebrauch dieser Vollmachten hat jedoch der Bundesrat nach Art. 5 des „Beschlusses“ der Bundesversammlung bei ihrem nächsten Zusammentritt Rechenschaft abzulegen.

Hierdurch sind die Grundlagen für die ausserordentlichen Massnahmen geschaffen worden, die angesichts des so unerwartet entbrannten, wenn auch von Manchem vorausgesehenen, Weltkriegs sich als notwendig erwiesen.

Wirft man zunächst die allgemeine Frage auf, was all die auf diesem Wege zustande gekommenen Massnahmen, Verordnungen und Erlasse bedeuten, so kann man nicht umhin zu antworten, dass sie in gewisser Beziehung ein Durchbrechen und eine Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Verhältnisse, wie sie bis jetzt die moderne Gesellschaftsordnung nicht kannte, darstellen.

Aussergewöhnlich ist schon der Umstand, dass, wie angedeutet, nicht mehr der ordentliche Weg der Gesetzgebung hierbei Anwendung findet, sondern, der Not der Stunde gehorchend, erlässt die sonst eigentlich nur ausführende Behörde nach eigener Einsicht alle Bestimmungen, selbst solche von grösster einschneidender Wirkung. Dass diese nicht von geringer Zahl sind, ist schon zu ersehen aus der von Dr. Volmar<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Die wirtschaftlichen Notgesetze und Verordnungen des Bundes nebst einer Auswahl aus den Noterlassen der Kantone. Bern 1915. 210 S.

gemachten Zusammenstellung der Erlasse und zwar der rein wirtschaftlichen oder vorwiegend wirtschaftlichen Charakters und auch die nur bis zum 31. Dezember 1914. Seitdem ist aber wiederum eine beträchtliche Anzahl sehr wichtiger bundesrätlicher Beschlüsse und Verordnungen erschienen. Die gleiche Erscheinung tritt uns auch in den andern Staaten entgegen; so z. B. in Deutschland, wo allein bis Ende Mai 1915 478 nur der wichtigsten Notgesetze, Verordnungen und Erlasse gezählt wurden <sup>1)</sup>.

Und nun die Beschlüsse und Verordnungen selbst. Vorausgeschickt muss werden, dass in dem uns zugemessenen Raum es selbstverständlich nicht möglich wäre, alle vom schweiz. Bundesrat getroffenen Massnahmen ausführlich zu erörtern. Es ist dies aber auch gar nicht notwendig; es kommt uns hier vor allem darauf an, den allgemeinen Charakter der verschiedenen Massnahmen zu erfassen und dieser tritt am klarsten aus den wichtigsten Vorkehrungen zu Tage.

Ein das freie Bestimmungsrecht des Einzelnen über sein Privatvermögen beschränkender Beschluss war der schon vorher in der Botschaft vom 2. August erwähnte, wonach die Ausfuhr von verschiedenen Gegenständen verboten wurde. Waren jedoch am Anfang nur wenige Gegenstände dem Verbot unterworfen, so dehnte sich ihre Liste mit der Zeit immer mehr aus, die nun jetzt eine stattliche Länge erreicht hat. Man kann wohl sagen, es seien nur wenige Gegenstände des Handels übrig geblieben, die mit Verbot nicht belegt worden sind. Zuwiderhandlungen gegen das Ausfuhrverbot werden mit Geldbussen und Konfiskation der betreffenden Waren bedroht; doch können mit Bewilligung des Bundesrates Ausnahmen für die auf der Ausfuhrverbotsliste stehenden Waren gemacht werden.

Selbstverständlich genügten die genannten Massregeln allein durchaus nicht. Wurde vorderhand durch sie das Land vom Mangel an notwendigen Gegenständen, Lebensmitteln u. d. g. geschützt, so galt es nun, die Bestände auch fernerhin auf der nötigen Höhe zu erhalten.

Aber zunächst ging die Aufgabe dahin, das im Lande vorhandene möglichst gut auszunützen und dem Konsumenten in preiswürdiger Weise zuzuführen.

Wie es in den ersten Tagen der Kriegserklärung einen Run auf die Banken gab, so gab es auch einen Sturm auf die Spezereiläden, und jeder meinte, er müsse sich mit möglichst viel Lebensmitteln versorgen, sonst sei er in kurzer Zeit mit den Seinigen dem Hunger ausgesetzt. Aber auch verschiedene Verbände suchten Nahrungsmittel in Menge aufzuspeichern, sodass gewisse Bedarfsgegenstände auf den Lebensmittelmärkten bald darauf nicht mehr erhältlich waren. Natürlich suchten die Händler die Lage auszunützen und verlangten für Bedarfsgegenstände des täglichen Lebens Preise, die zu den Ankaufrispreisen, die sie selber hatten zahlen müssen, in keinem Verhältnis standen.

So sah sich denn der Bundesrat schon am 10. August 1914 veranlasst, eine bezügliche Verordnung zu erlassen, die den Wucher mit Nahrungsmitteln und andern unentbehrlichen Bedarfsgegenständen mit Gefängnis und Busse bis zu 10,000 Franken bedroht. Die Kantone wurden ermächtigt, Höchstpreise aufzustellen,

<sup>1)</sup> Siehe „Neue Zeit“, Band I, 1915, S. 615.



vorhandene Vorräte an Lebensmitteln aufzeichnen zu lassen und nötigenfalls solche zum Ankauftspreis einzuziehen und zu den von ihnen bestimmten Preisen an die Bevölkerung abzugeben. Besonders gefährlich — erklärt das schweiz. Justiz- und Polizeidepartement in seinem bezüglichen Kreisschreiben an die Kantonsregierungen vom gleichen Datum wie die Verordnung — seien zur Zeit die Ring- und Trustbildungen, die für Nahrungsmittel und andere unentbehrliche Bedarfsgegenstände Preissteigerungen herbeizuführen suchen. Der Bundesrat habe sich deshalb veranlasst gesehen, schon die Teilnahme an Verabredungen und Verbindungen zu diesem Zwecke, also eine blossе Vorbereitungshandlung zum Wucher, unter die Wucherstrafe zu stellen. In gleicher Weise wäre zu bestrafen, wer in der Absicht aus einer Preissteigerung einen geschäftlichen Gewinn zu ziehen, im Inlande Einkäufe von unentbehrlichen Bedarfsgegenständen macht, die seine gewöhnlichen Geschäfts- oder Haushaltsbedürfnisse erheblich übersteigen. Dabei brauche es nicht einmal nachgewiesen zu werden, dass die Handlungsweise des Täters eine Erhöhung der Preise zur Folge hatte und dass er eine Preissteigerung herbeizuführen bestrebt war. Wohl aber müsse das übermässige Aufkaufen solcher Waren in gewinnsüchtiger Absicht geschehen sein.

Wie man sieht, ist die Verordnung scharf gefasst und enthält strenge Bestimmungen. Auch ist in ihr das öffentliche Interesse dem individuellen vorangestellt und das Verfügungsrecht des Eigentümers einer Sache beschnitten zu Gunsten der Allgemeinheit. Leider haben all diese scharfen Massregeln nicht zu verhindern vermocht, dass einzelne Spekulanten verschiedene Gegenstände zu Spekulationszwecken aufkauften und eine Preistreiberei verursachten, die nun zu immer unerträglicheren Zuständen führte.

Die Gründe, weshalb die Verordnung nicht das gewünschte Resultat zeitigte, sind verschiedener Natur. Aber auch die Behörden sind nicht ganz frei von dem Vorwurf zu lassen, es sei von ihnen nicht alles getan, was zu einem befriedigenden Erfolg hätte führen können. Das hat auch Bundesrat Schulthess am 20. Juni dieses Jahres im Nationalrat offen zugestanden, indem er meinte, es mag ja sein, dass etwas mehr gegen den Wucher hätte getan werden können, aber in den meisten Fällen sei der Bund doch eingeschritten, sobald sich bedenkliche Erscheinungen zeigten.<sup>1)</sup> Auch klagte der Bundesrat in seinem III. Bericht an die Bundesversammlung, dass nicht überall in den Kantonen ein aufrichtiges Verständnis der wirtschaftlichen Lage und ihrer schädlichen Auswüchse entgegengebracht wurde.

In der Folge fand es denn auch der Bundesrat für nötig, eine Revision der Verordnung vom 10. August 1914 vorzunehmen und ihrem Art. 1 eine schärfere Fassung zu geben. Nach dieser neuen Fassung soll nicht nur das Verkaufen, sondern auch das Kaufen von Nahrungsmitteln und unentbehrlichen Bedarfsartikeln zu Preisen, die den inländischen Marktpreis, oder den Einkaufspreis wesentlich übersteigen, Strafe zur Folge haben. Der gleichen Strafe verfällt jetzt auch der, welcher mit einem

<sup>1)</sup> Vergl. St. Galler Tagblatt vom 21. Juni 1916.

Ausfuhrverbot belegte Gegenstände mit der unrichtigen Angabe zum Kaufe anbietet, es sei für diese eine Ausfuhrbewilligung erteilt.

Dadurch glaubt man eine bessere Handhabe zu erhalten gegen willkürliche Preiserhöhungen, gegen die Spekulationen und den sog. Schleichhandel. Ob dies zu gewünschtem Ziele führen wird, hat die Erfahrung zu lehren.

Der Kampf gegen die Preistreibereien ist, das muss zugegeben werden, einer der schwierigsten. Und nicht nur ist es die Schweiz, die in dieser Hinsicht keinen leichten Stand hat. Auch in den andern Staaten ist, trotz verschiedener Massnahmen, nicht gelungen, die Spekulation auf hohen Gewinn einzudämmen. Kein Wunder. Ist doch die Spekulation ein Kind der modernen Gesellschaft. „Das freie Spiel der Kräfte“, „das Spiel von Nachfrage und Angebot“ nennt man sie gewöhnlich. Und wenn sie sich jetzt allzu unbequem bemerkbar macht, so ist das doch nicht eigentlich ihre Schuld.

Es ist nicht uninteressant zu hören, wie eine so hohe Stelle, wie der Oberste Gerichtshof in Oesterreich, bei der Beurteilung eines Falles von Preistreiberei den „wünschenswerten Preis“ definiert: „Als wünschenswert, erklärt er, wird ein Preis zu bezeichnen sein, in dem jede den Verhältnissen richtig angepasste Arbeit ihren angemessenen Lohn findet.

„Die wirklichen Gestehungskosten und der übliche Gewinn sind die greifbaren Grössen, die eine Beurteilung zugrunde legen muss, welche den Absichten des Gesetzgebers gerecht werden will.

„Die gewillkürten Markt- oder Tagespreise als Richtschnur nehmen, hiesse den teuersten Preis entscheiden lassen, wofür jede vernünftige und sichtliche Rechtfertigung fehlt, hiesse dem Verkäufer und nicht dem Käufer einen Schutz gewähren, dessen der erstere im Kriege gewiss nicht bedarf, da er während der Dauer des Krieges und wohl noch längere Zeit nachher kein Sinken der Preise zu besorgen hat“<sup>1)</sup>.

Die Preise sollen so festgesetzt werden, dass jede den Verhältnissen richtig angepasste Arbeit ihren Lohn findet. Wahrlich. Aber ist die wirtschaftliche Verfassung, in der wir leben, geeignet, dieses Prinzip zu verwirklichen? Im „Neuen Wiener Tagblatt“ äusserte sich denn auch kurz nach Veröffentlichung des obergerichtlichen Erkenntnisses ein „Industrieller“ dahin, dass das Erkenntnis ein „ökonomischer Widerspruch“ sei, und dass es sich deshalb nicht in das „System der Privatwirtschaft“ einfüge. Und er hatte recht: will man dieses „System“ aufrechterhalten, muss man auch den Lebensmittelwucher in Kauf nehmen, wenn er auch zurzeit selbst den Herrschenden nicht gerade passend erscheint. Oder aber es müssten dann solche Massnahmen getroffen werden, die eben nicht in den Rahmen des Systems gehören.

Und solche sind denn auch versucht worden.

Wir haben hier vorzüglich die Verordnung vom 27. August 1915 im Auge, bezüglich behördlicher Ermittlung der Warenbestände. Dann den Bundesratsbeschluss vom 18. Februar 1916, der das Volkswirtschaftliche Departement ermächtigt, Vorräte an Lebensmitteln, die zum Zwecke der Spekulation oder der Ausfuhr, ohne

<sup>1)</sup> „Kampf“, Heft 3, 1916, S. 116.



vorherige Erwirkung einer Ausfuhrbewilligung aufgekauft worden, wie auch Vorräte, die dem Konsum vorenthalten werden, zu beschlagnahmen. Der Uebernahmspreis ist, soweit der Bundesrat nichts besonderes vorschreibt, nach den Tagespreisen (nicht nach den Spekulationspreisen) zu bestimmen. Ein zu hoher Ankaufspreis fällt für die Abschätzung nicht bestimmend in Betracht. Mit Geldbussen bis zu 20,000 Fr. oder mit Gefängnis wird ein jeder bedroht, wer diesen Bundesratsbeschlüssen zuwiderhandelt. Die beiden Strafen können verbunden werden. In der Folge ist dieser Beschluss durch einen neuen vom 10. März ergänzt und auch auf Futtermittel anwendbar erklärt worden.

Von besonderer Bedeutung ist aber der noch jüngere bundesrätliche Beschluss über die Bestandesaufnahme und Beschlagnahme von Waren, der vom 11. April 1916. Das Bedürfnis, besser darüber orientiert zu sein, welche Mengen gewisser Lebensmittel im Lande vorhanden sind, machte sich immer stärker geltend, um event. die nötigwerdende Beschlagnahme mit genauer Kenntnis der Sachlage zu verordnen. Ueberdies wurde es klar, dass diese Massnahmen noch eine weitere Ausdehnung erfahren müssen und zwar auf industrielle Rohstoffe und Hilfsstoffe, wie auch auf Medikamente.

Der Beschluss stipuliert denn auch folgendes<sup>1)</sup>:

Besteht ein öffentliches Interesse für irgend eine Ware, die in der Schweiz vorhandenen Mengen und deren Verwahrungsort festzustellen, so kann das Departement durch eine im „Handelsamtsblatt“ zu veröffentliche Verfügung die Bestandesaufnahme anordnen. Diese Veröffentlichung hat zur Folge, dass vorbehaltlich bestimmter besonders aufgeführter Ausnahmen, jedermann verpflichtet ist, die in seinem Besitz oder seiner Verwahrung befindlichen Bestände der betreffenden Ware an der in der Verfügung bezeichneten Amtsstelle anzugeben und überdies, wenn das Departement dies anordnet, weitere Angaben über den Zeitpunkt der Erwerbung und den Ankaufspreis, sowie über Qualität und Beschaffenheit der Ware zu machen. Das Departement kann überdies bestimmen, ohne dass dies veröffentlicht werden müsste, dass Warenvorräte in Lagerhäusern, und überhaupt wo sie sich befinden, aufgezeichnet und festgestellt werden. Es kann hiefür, wie auch für die zuvor genannten Massregeln, die Mitwirkung kantonaler Behörden, sowie beruflicher Genossenschaften und Verbände in Anspruch nehmen und diese Behörden oder die Organe der genannten Verbände mit entsprechenden Vollmachten für die Bestandesaufnahme ausrüsten.

Wird eine Bestandesaufnahme angeordnet, so sind die Besitzer und Verwahrer der betreffenden Ware gehalten, wahrheitsgemässe Angaben zu machen.

Mit der Bestandesaufnahme von Waren kann die Beschlagnahme derselben verbunden werden, wenn dies im öffentlichen Interesse gelegen ist. Diese kann auch allein, d. h. ohne gleichzeitige Bestandesaufnahme, ausgesprochen werden. Die Beschlagnahme muss vom Departemente angeordnet werden. Die Beschlagnahme von bestimmten Warenbeständen wird entweder nach Massgabe des Bundesratsbeschlusses

<sup>1)</sup> Nach „Bund“ No. 174.

vom 18. Februar 1916 betreffend die Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten und vom 10. März 1916 betreffend die Ergänzung des genannten Beschlusses oder durch Eröffnung anlässlich der Bestandesaufnahme vollzogen. Eine hierbei gemachte mündliche Eröffnung ist binnen drei Tagen schriftlich zu bestätigen. Ausserdem kann die Beschlagnahme aller Warenbestände einer gewissen Art, die sich in der Schweiz befinden, vorbehältlich der in der betreffenden Verfügung vorgesehenen Ausnahmen, vom Departement angeordnet werden. In diesem Falle tritt die Wirkung der Beschlagnahme am Tage der Veröffentlichung der Beschlagnahmeverfügung im „Schweizerischen Handelsblatt“ ein, wobei die Inhaber der betreffenden Ware zur Anmeldung verpflichtet sind.

Alle Waren, die beschlagnahmt worden sind, können nach Massgabe der Vorschriften der erwähnten Beschlüsse vom 18. Februar und 10. März 1916 vom Departement zuhänden des Bundes erworben werden. In Beziehung auf die Festsetzung des Preises wird neben Art. 3 des Beschlusses vom 18. Februar 1916 weiter bestimmt, dass der Schätzungspreis in keinem Falle den wirklichen Ankaufspreis mit einem angemessenen Zuschlag für den Zwischenhandel übersteigen darf.

Auf die Zuwiderhandlungen gegen diesen Bundesratsbeschluss oder die vom Departement erlassenen allgemeinen Vollzugsvorschriften oder einzelne Weisungen kommen die Strafbestimmungen des Bundesratsbeschlusses vom 18. Februar und des Art. 6 des Beschlusses vom 10. März 1916 zur Anwendung.

Durch diesen Beschluss wurden die Verordnungen vom 27. August 1915 betreffend behördliche Ermittlung der Warenbestände und der Bundesratsbeschluss vom 21. März 1916 betreffend die Beschlagnahme von Waren aufgehoben. Die auf Grund des letzten Beschlusses schon getroffenen Massnahmen blieben jedoch in Kraft, und es kam auf sie der vorstehende Beschluss, der am 12. April 1916 in Kraft trat, zur Anwendung.

Die praktischen Folgen, die sich an die Ausführungen dieser Beschlüsse und Verordnungen knüpften, waren die, dass eine ganze Reihe von Lebensmitteln und anderer Artikel in grossen Quantitäten zum Vorschein kamen und vom Bundesrat mit Beschlag belegt und der Gesamtheit wieder zugeführt werden konnten.

Einem Referat des Vorstehers der Warenabteilung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, Herrn Schwarz, an einer Konferenz der Vertreter städtischer Fürsorgekommissionen, entnehmen wir nachstehende Zahlen über die bis zum 8. Juni erfolgten Beschlagnahmen:

1,744,960 kg Reis, dem Oberkriegskommissariat überwiesen.

52,338 „ Leinöl, dem Verband schweiz. Malermeister zur Verteilung übergeben.

35,116 „ Terpentinöl, einem Grossisten mit bestimmter Weisung zur Distribution zugeteilt.

130,905 „ Speisefette.

133,742 „ Speiseöl, dem Verband schweiz. Kochfettfabrikanten mit Begleit-Ordre überwiesen. Die Verteilung wird überwacht.

1,080,000 „ Kaffee.

10,000 „ Haferflocken.



1,635,766 „ Leinsaat.

80,000 „ Schokolade, hauptsächlich in Partien, die in der Schweiz in kleineren Quantitäten aufgekauft wurden zum Zwecke des Exports.

Das sind wohl nur ein Teil der Waren, die irgendwo im Lande im Verborgenen aufgestapelt liegen. Und wenn sie selbst nicht zur Ausfuhr bestimmt sind oder durch das Ausfuhrverbot nicht ausgeführt werden können, so verursacht schon allein der Entzug einer solchen Menge dem Warenmarkt eine künstliche Steigerung der Preise. Wohl haben durch Beschlagnahme und Erwerb von Waren durch Abschätzung manche Warenbesitzer nicht unerhebliche Verluste erlitten; allein dieser Umstand ist, wie der Bundesrat in seinem Berichte erklärt, am wenigsten in Betracht zu ziehen, da der Preistreiberei bei dem Aufkauf der Lebensmittel ein Ende bereitet werden musste.

\* \* \*

Wir haben gesehen, welche Mittel angewendet werden, um die im Lande vorhandenen Warenmengen der Allgemeinheit nicht nur zu erhalten, sondern auch die Preise derselben nicht ungebührlich hoch steigen zu lassen. Schon in seiner Verordnung vom 10. August 1914 ermächtigte der Bundesrat die Kantone, soweit sich ein Bedürfnis geltend macht, den Verkaufspreis der einzelnen Nahrungsmittel und anderer unentbehrlicher Bedarfsgegenstände festzustellen. Es handelte sich also um die Befugnisse der Kantone zur Aufstellung von Höchstpreisen. Aber dieser Befugnisse haben sich die Kantone meistens in der Weise entledigt, dass sie dieselben weiter auf die Gemeinden übertrugen. Dass schon dadurch allein der Effekt der Preisbeschränkung kein grosser sein konnte, ist selbstverständlich und braucht keiner weitläufigen Erörterung.

Eine auf die Formel „laissez faire“ eingestellte Wirtschaftsordnung lässt sich nicht dadurch reglementieren, dass sie in einzelnen Teilen des Landes diese oder jene Einschränkung erfährt. Wenn also die Normierung der Preise irgend ein günstiges Resultat ergeben sollte, müsste sie so gehandhabt werden, dass dem Verkäufer vor allem kein Ausweg bleibt, seine Waren anderswo vorteilhafter absetzen zu können. Es müssten, mit einem Wort, die Höchstpreise das ganze Land umfassen.

Zwar sind selbst unter den linksstehenden Politikern solche zu finden, die einer Maximalisierung der Preise nicht das Wort reden zu können glauben, da, wie sie meinen, die Maximalsätze einerseits die Tendenz haben, sich zu Normalsätzen umzuwandeln und gelegentlich nicht bloss einer Verteuerung, sondern ebenso einer Verbilligung, andererseits aber auch einer genügenden Versorgung mit den nötigen Lebensmitteln entgegenzuwirken im Stande wären.

Diesen Einwänden kommt jedoch nur insofern eine Berechtigung zu, als die Höchstpreise isoliert zur Anwendung gelangen. Denn mit der Festsetzung der Preise allein ist freilich noch nichts getan. Handel und Spekulation bleiben dabei noch eine Menge Auswege, um die Bestimmungen zu umgehen. Erst in Verbindung mit andern Massnahmen — wie Bestandesaufnahme, Zwangsenteignung — erhalten sie einen ganz

andern Charakter und sind geeignet, das gewollte Ziel besser erreichen zu lassen.

In dieser Erkenntnis handelte denn auch der Bundesrat, als er für einige Lebensmittel Höchstpreise für das ganze Land anordnete. So hat er Höchstverkaufspreise angeordnet für Teigwaren und Hartweizengries, für Zucker, Reis und für alle Getreidesorten.<sup>1)</sup> Der Genossenschaft schweizerischer Käseexportfirmen<sup>2)</sup> wurde die Verpflichtung überbunden, Käse für den Inlandskonsum zu angemessenen, vom Volkswirtschaftsdepartement festgesetzten Preisen abzugeben. Um einer Verteuerung der Milch und der Milchprodukte entgegenzuwirken, wurden vom Departement auch die Einkaufspreise festgesetzt, welche die Gesellschaft für ihre Sommerkäse anlegen durfte. Man hoffte dadurch die Preissteigerung der Milchprodukte verhindern zu können. Allein nachdem diese und andere Massregeln keine Erleichterung für die Konsumenten ergeben haben, sah sich der Bundesrat am 24. November 1915 veranlasst, auch Höchstpreise für den Verkauf von Butter und Käse im Inlande festzusetzen.<sup>3)</sup> Und als ungeachtet auch dieser Massnahmen die Versorgung des Landes mit Konsummilch zu annehmbaren Preisen dennoch bedeutende Schwierigkeiten verursachte, griff der Bundesrat nach mehrfachen Verhandlungen mit den Produzentenverbänden auch zur Feststellung von Höchstpreisen für Milch im Grosshandel.

Wir haben uns bei der Frage der Regelung der Preise der Milchprodukte etwas länger aufgehalten, weil dieselben für die Schweiz, sowohl als wichtiges Nahrungsmittel, als auch als Handelsprodukt in Betracht kommen. Wie sehr man in der Schweiz an die Milchnahrung gewöhnt ist, zeigt eine kleine Zusammenstellung, die für 12 der wichtigsten Schweizerstädte mit zusammen 762,000 Einwohnern vom statistischen Amt Basel gemacht worden ist. Darnach betrug der durchschnittliche Milchverbrauch pro Tag im Mai 1913 514,400 Liter, oder pro Kopf 6,7 Deziliter. In den einzelnen Städten war die Tagesquote auf den Kopf sehr hoch über der Durchschnittsquote; so in Luzern, wo sie 9,2 Deziliter ausmachte, in Biel 7,9, in Solothurn 7,7, in Bern 7,3 u. s. w. Unter der Durchschnittsquote standen Zürich (6,3) Lausanne (6,2) und St. Gallen (6,2). Die niedrigste Verbrauchsziffer hatte Locle aufzuweisen (5,6). Im Vergleich zu Deutschland z. B. steht sie jedoch immer noch höher, als selbst die höchste dort, die nur 5,4 (Freiburg i. B.) beträgt. Die Jahresproduktion der Schweiz an Milch beläuft sich in normalen Zeiten auf rund 25 Millionen Kilozentner oder 2,5 Milliarden Liter.

Was den Handel mit den Milchprodukten anbelangt, so genügen

<sup>1)</sup> In der Folge hat der Bundesrat auch für andere Artikel Höchstpreise aufgestellt, so für Petroleum und Benzin, für Leder, für wollene und halbwollene Lumpen und Abfälle, für verschiedene Sorten Altpapier, für Bauholz und in allerletzter Zeit auch für Kartoffeln.

<sup>2)</sup> Diese, 1914 als Kriegskind geborene, eigenartige Genossenschaft ist auf Anregung des schweizerischen Bauernsekretariates und unter Mitwirkung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements, der schweizerischen Nationalbank und einer Anzahl anderer Banken gegründet worden, der sich alle grösseren Käseexporteure der Schweiz, wie auch der Verband schweizerischer Konsumgenossenschaften angeschlossen haben.

Der Gewinnsteil des Bundes am Ende des ersten Geschäftsjahres (im August 1915) stellte sich auf die respektable Summe von 3,700,000 Fr.

<sup>3)</sup> Vergl. III. Bericht des Bundesrates. S. 78—79.



folgende Zahlen; 1915 wurde ausgeführt: frische Milch 186,878 q im Werte von 3,920,328 Fr., kondensierte 437,116 q für 46,882,561 Fr., Hartkäse 332,111 q für 71,972,690 Fr. und Butter für 76,000 Fr. Zusammen also für annähernd 123 Millionen Franken. Diesen Ausfuhrziffern stehen Einfuhrziffern von 6 Millionen für Käse, 195,006 Fr. für Kondensmilch und 14 Millionen Fr. für Butter gegenüber, letztere kommt hauptsächlich aus Frankreich und Italien.

\* \* \*

Sind die bisher besprochenen Massnahmen des Bundesrates schon einschneidend genug für die bestehende Wirtschaftsordnung, so geboten allmählich die Umstände, zu noch radikaleren Mitteln zu greifen.

Es ist von nicht geringem Interesse zu beobachten, wie die Wirtschaftspolitik des Krieges, der doch zu allererst imperialistischen Bestrebungen entsprungen ist und diesen auch dient, stets neue Formen annimmt, neue Massnahmen erfordert, das Bestehende wandelt in einem Sinne, der den Kriegsursachen gar nicht eigen ist. Ein ganz eigenartiger Stempel ist dem Wirtschaftsleben aufgedrückt worden. Eingriffe in das Privateigentum und selbst in das Privatinteresse der Unternehmer wurden vorgenommen.<sup>1)</sup> Und der Staat griff zu Funktionen, die er früher nie für sich reklamiert hat. Staats- oder auch Kriegssozialismus nennen einige all diese neue Betätigung des Staates. Wer aber vom Sozialismus einen richtigen Begriff hat, weiss sehr wohl, dass sie kaum eine entfernte Aehnlichkeit mit ihm hat. Gleichwohl ist sie von keinem geringen Wert. „Der Weltkrieg hat gelehrt, sagt mit Recht

<sup>1)</sup> So ist z. B. in England nach einem Gesetz vom 2. Juli 1915 jeder über einen gewissen Betrag hinausgehende Reingewinnüberschuss eines sog. kontrollierten Betriebes in die Staatskasse einzuzahlen. Jeder Vorschlag betreffend einer Abänderung der Lohn-, Gehalts- oder anderweitigen Vergütungssätze einer Kategorie von Arbeitern des Betriebes oder irgend welcher an der Verwaltung oder Leitung des Betriebes beteiligten Personen ist dem Rüstungsminister zu unterbreiten, der dann seinen Entscheid zu fällen hat. Vergl. Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik 1915/16, Heft 3, S. 95.

Um jeder Spekulation vorzubeugen, wurde am 10. August 1914 ein Gesetz angenommen, das die Enteignung jeder beliebigen Menge von Nahrungsmitteln erlaubt, die dem Markt entzogen worden sind. Vergl. „Berner Tagwacht“ vom 12. September 1914.

Der Londoner Korrespondent der sozialistischen Genueser Zeitung „Il Lavoro“ sieht das Wesentliche der Massnahmen der liberalen Regierung Englands in der Uebernahme sozialistischer Forderungen in ihr augenblickliches Programm.

Und in einer Londoner Korrespondenz des „Bund“ vom 28. März 1915 heisst es: „Der britische Staat hat sich im achten Monat der Kriegführung genötigt gesehen, die Landesindustrien zu verstaatlichen, nachdem er, in der ersten Augustwoche schon, allerdings unter einem alten Gesetz, die sämtlichen Eisenbahnen übernommen und der Schatzkanzler durch einen spätern Erlass, der die unbefugte Ausgabe von Kapitalien verbot, das Kapital des Inselreiches gewissermassen mobilisiert hatte. Gestern nun sind die Industrien des Landes an die Reihe der Verstaatlichung gekommen — denn das und nichts geringeres bedeutet das nach dreitägiger Konferenz unter Vorsitz von Lloyd George zwischen Staatsbeamten, Arbeitgebern und Arbeiterführern vereinbarte Abkommen.

Wenn ein anderer Staatsmann als der jetzige Schatzkanzler die Beratungen geleitet und die sofortige Annahme der Beschlüsse durch die Arbeiter des vereinigten Königreiches empfohlen hätte, würde man an den Ausbruch der Sozialrevolution unter staatlicher Leitung im Inselreiche glauben, zumal auch der Gewinn der Unternehmer staatlich auf lumpige zehn Prozent beschränkt wird“.

Dr. W. Ellenbogen,<sup>1)</sup> dass dort, wo die Gesamtheit als Gesamt- und Allgemeininteresse in Frage kommt, der individualistische Charakter der bürgerlichen Wirtschaftsordnung nicht nur zur Rettung versagt, sondern geradezu Gefahr des Unterganges bedeutet. Man muss, um die Gesamtheit zu retten, über Privatinteressen, Privatrechte und Klassenprivilegien hinwegschreiten. Wie im Sonnenstaat des Camponello verschwindet das individuelle Recht zunächst völlig vor dem Recht der Gesamtheit. Jede Funktion muss vorerst durch das regelnde Medium des Staates hindurch“.

Der furchtbare Krieg hat eben den hartnäckigsten Leuten eine wesentlich veränderte Denkweise beigebracht. Und wenn auch alles, was momentan geschieht, nur mit Rücksicht auf den Kriegszweck vollführt wird, so ist doch schon jetzt mit Gewissheit zu sagen, dass die „Kriegsschule“, die wir eben durchmachen, dem Individualismus keine geringe Wunden geschlagen hat und statt seiner die Idee der Vergesellschaftung immer schärfer hervortreten lässt. Die bürgerliche Ordnung hat mit ihren Methoden Bankrott gemacht und der Staat in seiner höchsten Not sieht sich gezwungen, zu Methoden seine Zuflucht zu nehmen, die seinem Wesen fremdartig ist.

Auch die Schweiz, wenn auch selbst kein kriegführender Staat, wurde durch ihre eigentümliche Lage gezwungen, sich diesen Methoden zu bedienen und zwar in immer grösserem Masse.

War die nächste Aufgabe des Bundes, die Inlandsversorgung sicher zu stellen, zu mässigen Preisen mit den Produkten des Landes selbst und dann eine bessere Ausnutzung der schon im Lande vorhandenen Mengen eingeführter Waren, so galt nun weiterhin, es auch mit genügenden Mengen derjenigen Artikel zu versehen, die von ihm nicht in erforderlichem Masse oder überhaupt gar nicht produziert werden.

Das galt vor allem von der Brotversorgung.

Die Schweiz produziert jährlich an Brotfrucht etwas mehr als drei Millionen Kilozentner und deckt damit nur einen kleinen Teil ihres Eigenbedarfs, weil ein gewisses Quantum noch als Futter gebraucht wird. Der weitaus grösste Teil muss daher durch die Einfuhr beschafft werden. Die Eigenproduktion des Jahres 1915 stellte sich zwar etwas höher, da die angebaute Fläche zirka 10% grösser war,<sup>2)</sup> dafür war aber die Einfuhr eine geringere und zwar um 21%. Wurde im Jahre 1913 an Getreide und Müllereiprodukten 9,817,055 q eingeführt, so im letzten Jahre nur 7,763,432 q (1914 7,844,259 q)<sup>3)</sup> und im ersten Quartal des Jahres 1916 ist die Einfuhr von Getreide im Vergleich

<sup>1)</sup> Krieg und Volkswirtschaft, „Kampf“ 1915, S. 157.

<sup>2)</sup> Regierungsrat Dr. H. Tschumi. Die Lebensmittelversorgung der Schweiz und der Einfuhrtrust. In Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik 1915/16, Heft 3, S. 390.

In einzelnen Kantonen wurde angesichts der fortdauernden Schwierigkeiten einer hinlänglichen Versorgung des Landes mit Lebensmitteln ausländischer Herkunft ein vermehrter Feldbau angestrebt. Selbst sog. Anbauprämien wurden, wie z. B. im Kanton St. Gallen, für weiteren Neubruch von Wiesland und die Anlage zweckentsprechender Neukulturen, verabfolgt. Vergl. Amtsbericht des Regierungsrates an den Grossrat des Kantons St. Gallen über das Jahr 1915.

<sup>3)</sup> Schweizerisches Handelsamtsblatt.



zum ersten Quartal 1913 sogar um 30 % zurückgegangen, oder von 2,600,00 Doppelzentner auf 1,800,000.<sup>1)</sup>

Die Grundlage zur Lösung der schwierigen Frage der Brotversorgung gab zunächst der Bundesratsbeschluss vom 27. August 1914 ab, dem sich die beiden weitem Bundesratsbeschlüsse über den Ankauf von inländischem Getreide und über den Verkauf des aufgespeicherten Getreides vom 8. September des gleichen Jahres anschliessen, die in der Folge mehrfach abgeändert und ergänzt wurden. Im ganzen sind zur Sicherung der Brotversorgung nicht weniger als 20 Beschlüsse und Verordnungen vom Bundesrat erlassen worden.

In seinem Art. 1 enthält der Beschluss vom 27. August folgende Bestimmung: „Der Bund versorgt aus seinen Vorräten die Armee mit Getreide oder Mehl und gibt, soweit es möglich und erforderlich ist, für die Zivilbevölkerung Getreide ab. Wer vom Bunde ausländisches Getreide erhält, ist verpflichtet, unter den vom Bunde festzusetzenden Bedingungen auch inländisches Getreide zu beziehen“. Der Bundesrat hat es also hier noch nicht für zweckmässig gefunden, hinsichtlich des Inlandsgetreides irgend welche andere Vorkehrungen zu treffen, als es bloss zu lohnenden Preisen frei einzukaufen, um die Getreidevorräte zu erhöhen. Er hat, wie er sich in seinem Kreisschreiben vom 8. September an die Kantonsregierungen ausdrückt, vorläufig davon abgesehen, jeden andern als von ihm betriebenen Getreidehandel zu verbieten und ihn ganz in Beschlag zu nehmen. Was er von den kantonalen Behörden verlangte, ist für den event. spätern Gebrauch die Aufstellung von Vorratsverzeichnissen und deren fortwährende Nachführung.<sup>2)</sup> Der Beschluss vom 27. August verpflichtet sämtliche Mühlen, das Getreide bis zur mehlfreien Kleie auszumahlen und dabei nur ein Mehl, Vollmehl, herzustellen. Gleichzeitig wurde die Fütterung mit dem zur Brotbereitung geeigneten Mehl oder mit mahlfähigem Getreide, wie auch die Vorbereitung des letztern zu Futterzwecken verboten. Als aber der Durchführung der Mahlvorschriften fortwährend Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden und zwar in erster Linie von den Müllern selbst, sah sich nun das Militärdepartement genötigt, am 1. Dezember 1914 für das zu erzeugende Vollmehl ein Typmuster aufzustellen und den Mühlen die Pflicht aufzuerlegen, über ihre Vermahlungen genau Buch zu führen, aus welchen die Mahlergebnisse genau ersichtlich sein sollen.<sup>3)</sup> Die Straffälle wurden gemäss Bundesratsbeschluss vom 10. November 1914 der Militärgerichtsbarkeit unterstellt.

Aber ungeachtet all dieser Massnahmen waren die gegebenen Umstände derart, dass sie zu radikalern Mitteln drängten und, ob man wollte oder nicht, eine Entscheidung musste getroffen werden. Und so kam es denn, dass das, was von der schweizerischen Sozialdemokratie schon längst verlangt wurde und als ein wichtiges Postulat ihres Arbeitsprogramms galt,<sup>4)</sup> für das man aber bei den andern massgebenden

<sup>1)</sup> St. Galler Tagblatt vom 21. Juni.

<sup>2)</sup> Bei Dr. Fr. Vollmar. Die wirtschaftlichen Notgesetze etc. (bis 1. Januar 1914), S. 44.

<sup>3)</sup> Vergl. III. Bericht des Bundesrates, S. 54.

<sup>4)</sup> Das Postulat des Getreidemonopols ist vor mehr als 37 Jahren vom Zürcherischen Zweig der schweiz. Arbeiterpartei angeregt worden. Am 20. Januar 1878 beschloss die Delegiertenversammlung des Kantons Zürich, einen Vorstoss

Parteien keine Neigung hatte und als nicht wünschenswert betrachtete, sozusagen im Handumdrehen zur Tat wurde: durch Bundesratsbeschluss vom 9. Januar 1915 wurde das Getreidemonopol eingeführt; und es ist begründete Aussicht vorhanden, dass es nicht nur ein „Kriegsgetreidemonopol“ bleibt, sondern sich zu einer bestehenden Institution umwandelt. Am 7. April 1915 wurde es, wie der schweizerische Arbeitersekretär Nationalrat H. Greulich in der „Vorkämpferin“ schreibt, vom Bundesrattstisch im Nationalrat auf den Schild gehoben.<sup>1)</sup>

Das Getreidemonopol ist durch folgende kurze Verordnung eingeführt worden:

1. Die Einfuhr von Zerealien (sämtliches Getreide, Hafer, Mais und alle Mahlprodukte) wie der Krafftuttermittel ist Sache des Bundes, der dafür sorgt, dass die eingeführten Waren lediglich für die Armee und die Bevölkerung verwendet werden.

2. Das Getreidebureau des Oberkriegskommissariates ist bevollmächtigt, die im Auslande befindlichen Vorräte schweizerischer Importeure zu erwerben.

3. In diesem Falle sind die Importeure von der Lieferungspflicht gegenüber ihren Kontrahenten im Auslande befreit.

Wie sehr der Krieg die Ansichten vieler geändert hat, zeigt z. B. eine längere Korrespondenz im St. Galler Tagblatt, einem liberalen Parteiblatt und amtlichen Publikationsorgan. Den Einwendungen eines Gegners der „staatssozialistischen Strömungen“ stellt der Verfasser unter anderm folgendes entgegen:

„Die verschiedenen Kriegsmassnahmen, welche der Bundesrat zu treffen als im Interesse des Landes für notwendig fand, haben einzelne Erwerbskreise in ihrer Bewegungsfreiheit etwas eingeengt, und darum erinnert man sich gerne der in den letzten Jahren durch die Behörden erlassenen Massnahmen über die Verstaatlichung einiger Erwerbszweige. Das Absinthverbot und das Verbot der Herstellung von Kunstweinen werden heute nur diejenigen bedauern, denen die Volksgesundheit Nebensache ist. Die Verstaatlichung der Kranken- und Unfallversicherung, diese soziale Tat, gereicht der Schweiz gewiss nur zur Ehre. Diese Monopole bedeuten kaum eine Gefahr für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Die Frage einer Verfassungsbestimmung gegen die drohende Monopolisierung dürfte wesentlich abhängig sein von der geplanten Gestaltung der „europäischen Wirtschaftsbündnisse“. Je nachdem diese Neuschöpfungen aussehen werden, wird dann zu entscheiden sein, wer mehr Aussicht hat, zwischen den zwei Mühlsteinen möglichst wenig gepresst herauszukommen, der Staats- oder der Privatbetrieb. Der Ruf nach mehr Freiheit der Privatwirtschaft, der Ruf nach Abschaffung der mit einer Initiative für den staatlichen Getreidehandel im Kanton Zürich zu unternehmen. Am 4. Mai fand die Abstimmung statt, die, wenn auch die stattliche Zahl von 16,778 ergab, dennoch nur ein Drittel der Stimmenden ausmachte. Vergl. „Berner Tagwacht“ vom 5. Juni 1915. Einer der eifrigsten und seit langem für das Getreidemonopol unermüdlich kämpfenden innerhalb der schweiz. Arbeiterpartei ist Nationalrat Robert Seidel, der schon die Zürcher Initiative mitmachte.

<sup>1)</sup> Am 6. und 7. Juli l. Jahres war in Bern die landwirtschaftliche Kommission betreffend Förderung des schweizerischen Getreidebaues versammelt, an der auch von Amtes wegen Bundesrat Schulthess anwesend war. Wie die „Basler Nachrichten“ erfahren, hat sich die Kommission für die Einführung des Getreidemonopols nach dem Kriege ausgesprochen und zwar nur für die Brotfrucht.



staatlichen Einmischung wird allerdings heute nicht allerorts starken Widerhall finden. Die gegenwärtige Preispolitik verschiedener Gruppen der selbständig Erwerbenden verlangt eher das Gegenteil. Wo ständen wir heute, wenn nicht der Staat mit starker Hand in diesen gewaltigen Wirtschaftskrieg eingegriffen hätte? Als Beispiel sei nur die Getreideversorgung erwähnt. Man wird in verschiedenen Kreisen die Auffassung über die Rechte und Pflichten des Staates etwas korrigieren müssen. Zur Aufgabe der Wahrung der politischen Unabhängigkeit nach aussen und Ordnung nach innen ist ihm auch noch die der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit gestellt worden. Politisch und wirtschaftlich stehen wir im gegenwärtigen Kriege, und werden es nachher kaum weniger, im engsten Zusammenhange. Was im Kriege als vorzüglich im Wirtschaftskampfe sich erwiesen hat, kann aber auch im Frieden zum mindesten gut sein. Dann aber mögen alle diejenigen, welche dem Staate das Recht des Erwerbes absprechen, die Frage beantworten, welcher Pflichten sie ihn entheben wollen.<sup>1)</sup>

Es ist also zu erwarten, dass, wenn nachher der Volksentscheid über das Getreidemonopol als dauernde Einrichtung eingeholt werden wird, er in zustimmendem Sinne ausfällt.

Von August 1914 bis Ende Dezember 1915 wurden vom Bundesrat gekauft: 117 Dampfer Weizen, 19 Hafer, 18 Mais, 3 Gerste und 2500 Wagen Oelkuchen. Im Ganzen für ca. 249 Millionen Franken. Von Zeit zu Zeit wurden die Abgabepreise des Bundes geändert und betrugen zuletzt für Weizen 43 Fr., für Roggen 40 Fr., für Mehl 52.50 Fr., für Futtergerste 37 Fr., für Braugerste 42 Fr., für Essmais 29 Fr. Die amtliche Mitteilung über die Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise bemerkt, dass diese neue Preiserhöhung durch die allgemeine Lage des Weltmarktes notwendig geworden sei. Trotz der sehr hohen Schiffsfrachten können fast keine Verfrachtungen erlangt werden. Die Tendenz des amerikanischen Marktes sei gegenwärtig derart, dass man eine Ermässigung der Getreidepreise nicht zu gewärtigen habe. Die letzten in Frankreich gemachten Abschlüsse lassen den Weizenpreis auf 49 Fr. abstellen, den Preis für Mais 36 Fr. und Hafer 39—40 Fr. für 100 kg franko Schweizerbahnstation.

Angesichts der gewaltigen Differenz des Brotpreises vor dem Kriege und dem jetzigen wurde im Parlament von seiten eines Teiles der Arbeitervertreter die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, nicht jede Steigerung der Preise auf dem Getreidemarkt auf die Konsumenten abwälzen zu müssen. Wenn ein grosser Teil der Bevölkerung nicht mehr in der Lage sei, sich die notwendigsten Nahrungsmittel zu beschaffen, wenn überall Einschränkungen vorgenommen werden müssen, könne sich der Staat nicht mehr auf den Standpunkt stellen, jeden Getreideaufschlag auf die Bevölkerung abzuwälzen, sondern er muss dann Opfer bringen, und wären es selbst die grössten. Leider wurde die so überaus wichtige und berechtigte Frage damit abgetan, dass es nicht angehe, Bundesmonopole anders als rein kaufmännisch zu handhaben. Monopole, hiess es, dürfen nicht in Wohltätigkeitsbetriebe ausarten. Es sei besser, die Unterstützung der Arbeitslosen und Unbemit-

<sup>1)</sup> St. Galler Tagblatt, Nr. 173, 1915.

telten ausreichender zu gestalten. Dass dies aber nicht die gesuchte Lösung ist, braucht kaum erst gesagt zu werden.

Durch behördliche Regelung der Getreideversorgung seit August 1914, und durch die Forderung einer Ausmahlung des Brotgetreides bis zur mahlfreien Kleie sind der schweizerischen Volkswirtschaft bis Ende 1915 bedeutende Summen erspart worden. „Da in normalen Zeiten die schweizerische Mülerei aus Getreide nur ca. 70% Backmehl erzeugte, durch die getroffenen Anordnungen aber eine Ausbeute von 81–82% erlangt wurde, konnte die normalerweise einzuführende Getreidemenge um etwa 12% im Werte von ungefähr 22 Millionen Franken eingeschränkt werden“. Das Zurückgehen der Getreidevorräte infolge vermehrter Transportschwierigkeiten veranlasste nun den Bundesrat, strengere Massnahmen gegenüber denjenigen Müllern zu ergreifen, die den erwähnten Vorschriften nicht folgten. Durch Beschluss vom 13. Dezember 1915 wurde das Militärdepartement ermächtigt, unabhängig vom militärgerichtlichen Verfahren, Mühlen, die den Vermahlungsvorschriften zuwiderhandeln, die Lieferung von Bundesweizen bis auf die Dauer von drei Monaten zu entziehen.<sup>1)</sup>

Aber nicht nur das Getreidemonopol hatten die sich mehrenden Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung zur Folge gehabt. Der „wirtschaftliche Krieg“, den die Schweiz mitzumachen hat, führte mit Notwendigkeit dazu, auch andere Monopole, wenn auch nicht von der Bedeutung des Getreidemonopols, einzuführen.

Zu Beginn des Krieges, heisst es in dem mehrfach erwähnten Bundesratsbericht, war die Reiseinfuhr gross. Dabei befanden sich aber auch Partien, die Eigentum ausländischer Firmen waren. Im Frühjahr 1915 wurden aber die Grenzen von Frankreich und Italien für Reis plötzlich vollständig gesperrt und dem Lande drohte Mangel an diesem verhältnismässig billigen Nahrungsmittel. Welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um irgend eine Partie Reis vom Auslande in die Schweiz hereinzubekommen, davon weiss der Rechnungsbericht des Verbandes schweizerischer Konsumvereine für das Jahr 1915 zu erzählen. Selbst von den in Italien lagernden, für schweizerische Rechnung dort gekauften Quantitäten Reis, konnte lange nichts ausgeführt werden. Man befürchtete dort offenbar, dass mit dieser Ware Missbrauch getrieben werden konnte. Die zweckmässigste Regelung dieser ganzen Angelegenheit schien daher die Schaffung eines Einfuhrmonopols auf Reis, das denn auch vom Bundesrat am 2. Oktober 1915 zum Beschluss erhoben wurde.

In ihren Hauptsätzen besagt die bezügliche Verfügung folgendes: Die Einfuhr von Reis und von Mahlprodukten aus Reis, Reisfuttermehle und Reiskleie inbegriffen, ist ausschliesslich Sache des Bundes. Diese Waren sind für den Verbrauch in der Schweiz bestimmt. Ankauf, Einfuhr und Wiederverkauf der genannten Waren werden vom Oberkriegskommissariat besorgt.

Aus ungefähr den gleichen Gründen kommt nun der Bundesrat dazu, die Einfuhr von Rohzucker und raffiniertem Zucker als ausschliesslich ihm allein zustehend zu bezeichnen;<sup>2)</sup> und

<sup>1)</sup> III. Bundesbericht, S. 55.

<sup>2)</sup> Bundesratsbeschluss vom 8. Februar 1916 über die Einfuhr und den Handel mit Zucker.



die Abgabe des Zuckers durch die Monopolstelle wurde vom Militärdepartement in der Weise geregelt, dass der Vertrieb des Konsumzuckers fast durchwegs in die Hände der bisherigen Zuckerimporteure gelegt wurde.

Nach den statistischen Mitteilungen im „Schweizerischen Handelsblatt“ soll in den Jahren 1914 und 1915 eigentlich mehr Zucker als im letzten Friedensjahr nach der Schweiz eingeführt worden sein; und zwar 1914 1,345,572 q (1913 1,172,609 q) und 1915 1,214,387 q, was ein Plus von 15 beziehungsweise 3% ausmacht. Man sollte daher meinen, dass die Zuckerpreise, wenn sie auch der Lage der Dinge nach eine Steigerung erfahren müssten, so doch nur in einer mässigen Höhe, allein dies ist nicht der Fall. Die zuletzt vom Bundesrat festgesetzten Preise sind fast ums doppelte höher als diejenigen vor dem Kriege. Eine gewisse Erklärung findet die Tatsache wohl darin, dass der Zucker in grösseren Quantitäten zur Herstellung von Schokolade und kondensierter Milch gebraucht wurde, nach welchen vom Ausland her eine grössere Nachfrage herrschte.

Ein weiteres Monopol ist für Petrol und Benzin eingeführt worden. Am 12. Februar 1916 verfügte der Bundesrat, dass der Bund nach Möglichkeit für die Einfuhr von Petroleum und Benzin, sowie für die Regelung der Preise dieser Waren zu sorgen habe. Der Ankauf und Verkauf wurde dann dem Volkswirtschaftsdepartement übertragen, in welchem ein Bureau für Import von Petroleum und Benzin errichtet wurde, das zugleich den Vertrieb auch anderer Waren besorgt und dem namentlich auch die Besorgung der mit Beschlagnahme verbundenen Geschäfte obliegen.

Zu erwähnen wäre noch, dass schon viel früher (am 14. Mai 1915) im gleichen Departement ein eidgenössisches Bureau für Schlachtviehimport errichtet wurde, das gute Dienste leistet. Auch ist im Herbst 1915 der ganze Kartoffelimport durch den Bund besorgt worden.

Schon aus all dem bisher Angeführten ergibt sich, dass ein grosser Teil der sowohl zur Ernährung der schweizerischen Bevölkerung notwendigen Lebensmittel als auch der zu Industriezwecken verwendbaren Stoffe im Laufe des währenden Krieges entweder Monopolartikel des Bundes wurden oder wenigstens in der Art der Beschaffung durch Vorschriften des Bundesrates intensiv beeinflusst worden sind, so dass man wohl sagen kann, dass ein beträchtlicher Teil des Privathandels schon jetzt vom Bunde übernommen wurde. Es unterliegt aber keinem Zweifel, dass auch der ganze sogen. Kompensationshandel in die Hände des Bundes gelegt werden muss.

Hier gelangen wir auf ein Gebiet, auf dem der Schweiz schon mancherlei Unannehmlichkeiten erwachsen sind. Die Aufgabe, die der Krieg neutralen Ländern in wirtschaftlicher Beziehung zugewiesen hat, sind in mancher Beziehung von nicht unerheblicher Bedeutung. Sie haben zu einem gewissen Grade die Vermittlerrolle zu spielen auf den noch übrig gebliebenen Gebieten des internationalen Verkehrs, sind aber zugleich Lieferanten und Abnehmer in gesteigertem Masse geworden. Auch der Schweiz ist in dieser Beziehung keine geringe Rolle zu teil geworden. Zunächst aber hat das Bestreben der Kriegführenden, sich gegenseitig wirtschaftlich abzusperren für die Schweiz nachteilige Folgen in steigendem Masse in dem Sinne gebracht, dass dank ihm

die vermehrte Gefahr der Spekulation und des sog. Schleichhandels aufgetreten ist. Ein Spekulantentum wurde gezüchtet, das einerseits dazu beiträgt, die Warenpreise noch höher hinaufzuschrauben, andererseits aber auch die Schweiz in Gefahr bringt, die ihr nötigen Lebensmittel- und Industrieartikel vom Auslande nicht mehr erhalten zu können.

Diese Gefahr glaubte der Bundesrat durch manche der schon besprochenen Massnahmen von der Schweiz abwenden zu können, wie auch dadurch, dass er eine gewisse Kontrolle der Aussenstaaten über fast den gesamten Warenverkehr des Landes zuliess. Wir meinen hier die beiden Kontrollstellen, die „Société suisse de surveillance économique“ (S. S. S.) und die „Treuhandstelle“. Erstere von Seiten der Ententeländer, letztere von Seiten der Zentralmächte.

Wir wollen uns mit diesen Institutionen hier nicht weiter beschäftigen, umsomehr als sie nicht zu den eigentlichen Schöpfungen des Bundesrates gehören, sondern ihm mehr von aussen her aufgezungen wurden. Was noch zu sagen wäre, ist, dass wenn auch manche Auswüchse durch all das beseitigt worden sind, gänzlich ist die vorhandene Gefahr nicht geschwunden. Auch selbst nicht durch den bundesrätlichen Beschluss vom 13. Juni 1916, betreffend eines verschärften Vorgehens bei den Strafverfolgungen. Nach letzterem Beschluss haben nämlich die kantonalen Behörden nach Eingang von Verzeigungen vorläufig die Feststellung des objektiven Tatbestandes, die Ausmittlung und nötigenfalls die Festnahme der Schuldigen und die Sicherung der Beweismittel vorzunehmen. Die Akten unter Mitteilung des Sachverhaltes sind sodann der Bundesanwaltschaft unverzüglich zu übermitteln. Sofern der Tatort und der Wohnort des Täters in verschiedenen Kantonen liegen, sind zur Durchführung der Untersuchung und Beurteilung schuldverdächtiger Personen die Behörden des Ortes der Begehung oder diejenigen des Wohnortes des Täters zuständig. In keinem Falle sollen für die gleichen Uebertretungen mehrere Verfolgungen eintreten. Der Beschluss regelt sodann die Kompetenzen der Bundesanwaltschaft bei der Vornahme solcher Untersuchungen und setzt fest, dass diese in gewissen Fällen Gelegenheit erhalten muss, bei den Gerichtsverhandlungen Anträge zu stellen. Auch kann die Bundesanwaltschaft gegen die Urteile Berufung an die obern kantonalen Instanzen oder bei endlichen Entscheiden die Kassationsbeschwerde an das Bundesgericht erheben.<sup>1)</sup>

Die Accapuration geht trotzdem weiter, der Schleichhandel ist nicht lahmgelegt, er wird nur vorsichtiger, raffinierter durchgeführt.

Um diesem Treiben gründlich ein Ende zu machen, wurde in der Neutralitätskommission des Nationalrates vom Vertreter der Arbeiterpartei, Nationalrat R. Grimm, das Verlangen gestellt, den Kompensationshandel mit Importwaren zu verstaatlichen. Bei der Besprechung dieser Forderung machte der Bundesrat die Mitteilung, dass er diese acceptiere. In ihrer Berücksichtigung hat nun der Bundesrat den Organen des Société suisse de surveillance économique (S. S. S.) und den Regierungen der Ententestaaten von der beabsichtigten Verstaatlichung bereits Mitteilung gemacht.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Vergl. „Merkur“ vom 24. Juni 1916.

<sup>2)</sup> S. „Berner Tagwacht“ vom 31. Mai 1916.



Im Zusammenhang damit wollen wir noch auf die Postulate aufmerksam machen, die im Nationalrate in seiner Junisession bei Besprechung der wirtschaftlichen Massnahmen zur Sicherung der Neutralität von der Neutralitätskommission eingebracht wurden. Sie zeigen, wie immer noch vieles in dieser Beziehung zu tun ist.

Diese Postulate lauten:

I. Der Bundesrat wird eingeladen, zu prüfen, auf welche Weise, ausser den von ihm zur Bekämpfung der Spekulation mit Lebensmitteln und der daraus entstandenen Teuerung getroffenen Massnahmen, noch weitere angeordnet werden könnten, um sein Eingreifen wirksamer zu gestalten; im besondern wird der Bundesrat ersucht, Massnahmen zu prüfen und gegebenenfalls durchzuführen, die den Zweck verfolgen: 1. den Handel mit Lebensmitteln, sowie mit den unentbehrlichen Bedarfsgegenständen auf Personen zu beschränken, die im Handelsregister eingetragen sind oder die vor Kriegsausbruch in der Schweiz niedergelassen waren; 2. diesen Handel, namentlich soweit er monopolisierte Waren beschlägt, einer Aufsicht zu unterstellen und ihm beispielsweise die Anlage leicht übersichtlicher Kontrollen aufzuerlegen.

II. Der Bundesrat wird eingeladen, mit Rücksicht auf die durch den gegenwärtigen Krieg hervorgerufene Krise ohne Verzug zu prüfen, ob es nicht angezeigt wäre, Bundesbeiträge zur Unterstützung der arbeitslosen Arbeiter und ihrer Versicherungskassen zu bewilligen, immerhin unter der Bedingung, dass sich Kantone oder Gemeinden an diesem Hilfswerke ebenfalls beteiligen.

III. Der Bundesrat wird eingeladen, Massnahmen zur Regelung des Kartoffelmarktes und zur Bekämpfung der Preistreibereien zu treffen. Als solche Massnahmen kämen insbesondere in Betracht: a) Aufhebung von Spekulationsverträgen; b) Anwendung des Verkaufszwanges, unter weitestgehender Berücksichtigung des Eigenbedarfs der Produzenten; c) möglichste Beschränkung des Zwischenhandels; d) Aufnahme einer Statistik der inländischen Kartoffelernte zu geeigneter Zeit und Veröffentlichung ihrer Ergebnisse und e) Festsetzung von Höchstpreisen.

IV. Der Bundesrat wird eingeladen, der Versorgung des Landes mit milcherzeugenden und für die Mast geeigneten Futtermitteln seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und bei den Regierungen der Produktions- und Transitländer alle zur Erreichung der Einfuhr geeigneten Schritte zu tun.

Wir kommen zum Schluss. Wir sind uns bewusst, nicht alle Massnahmen und Verordnungen erwähnt zu haben.<sup>1)</sup> Allein, schon das Angeführte zeigt, wie enorm die Leistung ist und welche Schwierigkeiten zu bewältigen waren. Dessen ungeachtet muss auch das noch gesagt sein; die getane Arbeit hätte viel grössern Erfolg und der Schweiz wäre manches Unangenehme erspart geblieben, wenn im Hinblick auf die bisherige fast anarchische Wirtschaftsordnung man planmässiger vorgegangen wäre. Wenn man von Anfang an eingesehen hätte, dass mit Gelegenheitsverfügungen und Verordnungen, mit Be-

<sup>1)</sup> Es sei hier nur noch in aller Kürze auf den vom Bundesrat am 5. August 1914 gewährten Rechtsstillstand und auf die am 9. September 1914 errichtete Darlehenskasse der schweizerischen Eidgenossenschaft, die zum Zwecke hat, die Befriedigung der hervorgetretenen Kreditbedürfnisse und die Verhütung von Stockungen in den Handels- und Gewerbebetrieben.

schlüssen sozusagen „nach Bedarf“ hier nicht auszukommen sei. Das Volkswohl ist durch nachhinkende Arbeit nicht zu begründen. Dies vermag nur eine weitschauende, fest durchdachte und die gegebenen Verhältnisse berücksichtigende Wirtschaftspolitik. Vielleicht bringt sie uns die „Kriegsschule“, die wir jetzt durchmachen. Denn es ist wahr, was die „Daily New's“ schreibt: Die Gesellschaft von gestern, die wir kannten, ist plötzlich zerfallen und eine neue soziale Organisation im Entstehen.

## PROF. DR. R. BRODA, BERN: KANN DIE AUS DEM WELTKRIEGE ERWACHSENDE FINANZKRISE ZU EINEM FORTSCHRITTSFAKTOR WERDEN?

(Eine Zukunftsfrage Deutschlands.)

**D**IE „Dänische Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges“ hat für die direkten Kriegsausgaben Deutschlands während der beiden ersten Kriegsjahre eine Summe von 46 Milliarden 600 Millionen Mark berechnet und glaubt als derzeitige durchschnittliche Kosten jedes Kriegsmonats den Betrag von 2 Millionen Mark einsetzen zu sollen. Die direkten Kriegsausgaben des Deutschen Reiches dürften sich also bei dreijähriger Kriegsdauer auf etwa 70 Milliarden Mark stellen, die der gegnerischen Mächte noch weit höher. 70 Milliarden zu 5% verzinst erfordern einen jährlichen Schuldendienst im Betrage von 3½ Milliarden Mark. Bemessen wir die jährlichen Kriegsausgaben für Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen sowie die Mehrkosten des Kriegsbudgets — die unvermeidlich sind, sofern es im Friedensschluss nicht etwa zur Herstellung eines internationalen Rechtssystems kommen sollte — mit 2½ Milliarden, so wird sich also das finanzielle Erfordernis des Deutschen Reiches um zirka 6 Milliarden Mark höher stellen, als vor dem Kriege. Zuschlags- oder Abschlagsziffern für eine, Deutschland seitens der fremden Länder zufließende Kriegsentschädigung, oder andererseits für Deckung privater Kriegsschäden im In- und Ausland, finanzielle Unterstützung für die Bundesgenossen u. s. w. sind dabei nicht in Anrechnung gebracht. Summen, deren Zinsenertrag oder Zinsenbedarf der enormen Summe von 6 Milliarden Mark gegenüber eine grundsätzliche Veränderung bewirken könnten, sind wohl seitens dieser sekundären Posten nicht zu erwarten.

Die Deckung dieser Summe (und die Bedeckung der noch grössern Parallelsummen bei den Mächten des Ververbandes) wird wohl das schwierigste Finanzproblem aller Zeiten darstellen. Die einfachste Lösung desselben ist von den Vertretern der radikalen Strömungen in der Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder, die sich im April zu Kiental zusammenfanden, vorgeschlagen worden: Die Ungültigkeitserklärung aller aus den Kriegsanleihen erfließenden Verpflichtungen, d. h. der Staatsbankrott sämtlicher Mächte. Für Länder, die Selbstachtung besitzen und in erster Linie für das Deutsche Reich, kommt diese Lösung naturgemäss nicht in Frage.

Gefährlicher ist ein zweiter Vorschlag, der zweifellos nach dem



Kriege — wenn es mit der steten Abwälzung der Ausgaben auf die künftigen Generationen ein Ende hat und der Ernst der Frage jedermann klar wird — gemacht werden dürfte: Die Beschneidung der Anwendungen für Zwecke der Kultur und Sozialpolitik. Wenn rücksichtslos angewandt, würde diese Methode zur Zerstörung des Schulwesens und damit der Volksbildung und des geistigen Fortschritts führen, zur Verelendung der arbeitenden Bevölkerung, zur Lähmung der Volkskraft. Gegen eine solche weitgehende Ersparnispolitik auf Kosten der organischen Volksenergien würde sich jedoch ein Schrei der Entrüstung erheben. Kleine Ersparnisse jedoch, respektive die Vermeidung aller Ausgaben für weitere Ausgestaltung des Bildungswesens und der sozialen Fürsorge vermöchten wohl einige hundert Millionen im Jahre zu bringen, jedoch keinen irgendwie wesentlichen Bruchteil der erforderlichen 6 Milliarden zu decken.

Neue Steuern werden kommen, aber auch ihnen sind gewisse Grenzen gesetzt. Die deutsche Industrie wird nach dem Kriege ohnehin schwer zu kämpfen haben, um als Ersatz für die durch den Boykott der Feindesländer erschwerten Absatzbedingungen neue Märkte zu erobern. Sie wird zu diesem Zwecke ihre Preise vielfach erniedrigen müssen. Wollte man sie noch mit neuen drückenden Steuern belasten, so würde sie das am siegreichen Bestehen des Existenzkampfes verhindern und damit die deutschen Nationalinteressen schwer schädigen.

Aus obgenannten Gründen wird die Industrie kaum in der Lage sein, mit Lohnerhöhungen vorzugehen und wollte man die Lebensbedürfnisse der Arbeitermassen mit drückenden Steuern belasten, so würde das zu schweren Erregungszuständen führen und die allmähliche Wiedergesundung des Volkskörpers erschweren.

Direkte Reichssteuern begegnen bekanntlich starken Widerständen seitens der Bundesstaaten, aber selbst wenn diese überwunden werden könnten, so darf erfahrungsgemäss der Steuersatz nicht über eine gewisse Grenze hinausgehen, wenn er nicht zur Lähmung der Arbeits- und Sparfreude, Erbschaftverschleierung und Abwanderung der Kapitalien führen soll. 6 Milliarden pro Jahr lassen sich auch auf diese Weise nicht aufbringen.

Versagen also die traditionellen, den Finanzministern aller Länder liebwerten Methoden gegenüber der Grösse der neuen Aufgabe, so wird es sich darum handeln, ganz neue Bahnen zu erschliessen und damit kann dann die Not wieder einmal, wie so oft im Menschen- und Völkerleben, zur Mutter des Fortschritts werden.

Zunächst wird es sich darum handeln, die Steuerkraft des Deutschen Volkes und seine Grundlage, das Deutsche Nationaleinkommen zu heben. Hiefür stehen ausser den bekannten und nach wie vor unerlässlichen Methoden der allgemeinen Belebung der Volkswirtschaft auch gewisse Möglichkeiten offen, die sich bisher an Vorurteilen und Einzelinteressen gebrochen haben.

Vielen gewerblichen Kleinbetrieben in Deutschland wie anderwärts sind noch jene maschinellen arbeitssparenden Methoden versagt, welche die Technik schon lange gefunden, aber nur in Grossbetrieben anzuwenden gestattet. Durch staatliche Massregeln hat man sogar das

Handwerk und damit seine vom Fortschritt überholten Arbeitsmethoden künstlich zu erhalten gesucht, hat man andererseits Konsumvereine und Warenhäuser in ihrer Entwicklung hemmen wollen. Abkehr von dieser Methode, planmässige Förderung des Uebergangs zum Grossbetrieb vermöchte das Nationaleinkommen und damit auch die Steuerkraft des deutschen Volkes wesentlich zu heben.

Die gleichen Gesichtspunkte gelten für die Begründung von Kartellen, Syndikaten und Trusts, für Regelung der grossindustriellen Produktion. Sie gestatten die Ausschaltung der minder leistungsfähigen Betriebe, Ersparnis an Verkaufs- und Reklamespesen, Ausnützung aller Möglichkeiten einheitlicher Organisation und erhöhen damit den Reinertrag der betreffenden Industrien. Dies allein würde grössere steuerliche Belastung gestatten.

Diese Produzenten-Vereinigungen tragen bekanntlich die Tendenz in sich, ihre Monopolstellung zu höherer Preisbemessung auszunutzen. Die Konsumenten haben hierüber vielfach mit Recht geklagt. Gerade diese Organisationsformen geben jedoch dem Staate eine gute Möglichkeit, einen Grossteil des durch die oberwähnten Ersparnisse erzielten Gewinnes durch eigene Spezialsteuern für sich in Anspruch zu nehmen. Dass die Kartelle nicht diese Steuern neuerdings auf die Konsumenten abwälzen, oder die Konsumenten durch allzu hohe Preise beschweren, dafür könnte durch Festlegung bestimmter Höchstpreise vorgesorgt werden. Die Entwicklung der Kriegszeit hat die gegen solche staatliche Eingriffe früher bestandenen Vorurteile gebrochen und vielerlei Klarheit über die beste Technik dieser Eingriffe gegeben.

Noch grössere Möglichkeiten für Erschliessung bedeutender Staatseinnahmen liegen in der Einführung staatlicher Monopole, die im Anschluss an die Bildung der Kartelle vor sich gehen kann. Die aus dem Anschauungskreise der individualistischen Nationalökonomie erwachsenen Widerstände, die Vorurteile gegen den „sozialistischen Charakter“ dieser Massregeln sind durch den Zwang der Kriegszeit, der in gewissermassen selbstverständlicher Weise zur staatlichen Leitung des Wirtschaftslebens als einer der industriellen Zersplitterung gegenüber vielfach überlegenen Wirtschaftsform geführt hat, gemindert worden.

Die Erfahrung des preussischen Eisenbahnwesens und der Industrie-verstaatlichung in so vielen Ländern, z. B. im „sozialistischen Laboratorium“ Australien zeigen aufs klarste die gewaltigen wirtschaftlichen Möglichkeiten solcher von der Gesamtheit geleiteter, musterhaft ausgestatteter Riesenbetriebe. Kohlenbergwerke, Zuckerindustrie und all die andern Wirtschaftszweige, die bereits in Syndikaten oder Kartellen organisiert sind, kämen für eine solche Verstaatlichungspolitik in erster Linie in Frage. In zweiter Linie dann die Grossbetriebe der Munitionsfabrikation, bezüglich welcher ohnehin viele Gründe dafür sprechen, ein privates Interesse an ihrer Erweiterung auszuschliessen. Ferner der Tabakhandel, weil er ohnehin das Objekt weitgehender Steuern bilden müsste und das Monopol eine rationellere Erhebung derselben gestattet: schliesslich der Alkoholvertrieb aus den gleichen Gründen und weil so eine wirksame staatliche Einflussnahme auf Einschränkung des Konsums ermöglicht würde. Ob auch die direkten Erträge damit wieder sinken würden, so könnte andererseits die Steuer-



kraft der Volksmassen durch Wegfall der übergrossen Ausgaben für alkoholische Getränke stark gehoben werden.

Vor allem jedoch würde eine solche Verminderung des Alkoholenusses der Gesundheit des Volkes zu Gute kommen und die Arbeitsfähigkeit desselben heben. Sehr wohl könnte man allmählich bis zu einem völligen Verbot der alkoholischen Getränke, speziell des Branntweins, kommen, während sich beim Biere durch angemessene Verkaufspreise und Herstellung vor allem leichter Sorten der fiskalische wie der hygienische Gesichtspunkt zur Geltung bringen liessen.

Wieder eine andere bedeutsame Möglichkeit für Vermeidung unproduktiver Ausgaben im Kreise der Volkswirtschaft und in dem des Staatsbudgets läge in der allmählichen Ausschaltung der aus industriellen und internationalen Kampfständen erwachsenden Wertevergeudung und Wertezerstörung.

Planmässige Arbeit für allmählichen Aufbau eines internationalen Rechtszustandes würde als Endziel die einvernehmliche Verminderung der Rüstungsausgaben seitens aller Kulturstaaten ermöglichen und damit auch das Deutsche Reichsbudget in wertvollster Weise entlasten. Vor allem könnte in dieser Weise dem weitem Anwachsen der Rüstungsausgaben, das sonst allzuleicht alle die geschilderten neuen Einkommensquellen absorbieren würde, begegnet werden. Eine Beseitigung der Formen des industriellen Bürgerkrieges, der Streiks und der Aussperrungen würde analog, wenn auch in kleinerem Rahmen, einen vermeidbaren Passivposten der Industrie ausschalten. Die Erfahrungen Kanadas, Australiens, Neu-Seelands und neuerdings auch Norwegens zeigen, in welcher Weise Einigungsämter mit Zwangsbefugnis alle Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu schlichten oder besser noch Lohnämter — ohne den Ausbruch eines Konfliktes überhaupt abzuwarten — die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Massgabe der Leistungsfähigkeit des betreffenden Industriezweiges allgemein zu regeln vermögen.<sup>1)</sup>

Der Schutz der Industrie vor solcher Stilllegung ihrer Maschinen würde ihr gestatten, die Lohnbedingungen zu verbessern und dabei doch den eigenen Reinertrag zu erhöhen. Hiedurch würden sowohl die Arbeiter wie auch die Fabrikbesitzer zur Uebernahme grösserer Steuerlasten befähigt werden.

Wenn die unausbleibliche Finanzkrise der Zukunft vermöge ihrer Aufrüttelung patriotischer Sorge und finanzpolitischer Findigkeit zu solchen organischen Reformen führen sollte, denen sich bisher tausend Gruppeninteressen und Trägheitswiderstände entgegenstellten, so würde sie dem Fortschritt eine Gasse bahnen und so im letzten Grunde sogar segensvoll wirken.

<sup>1)</sup> Siehe für nähere Beweisführung die Studie des Unterzeichneten: „Inwiefern ist eine gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?“ Berlin, Verlag von Georg Reimer.